

FFENTLICHER TEIL

OKOLL

Hochwolkersdorf am Mittwoch, den
Hochwolkersdorf, Dorfstraße 3, 2802 Hochwolkersdorf

ca Fürst, MA

ca Fürst, MA HOCH

Martin Puchegger HOCH

HOCH

rtner SPÖ

err HOCH

HOCH

er, B.Ed. HOCH

HOCH

r, M.Ed. HOCH

er HOCH

SPÖ

SPÖ

er SPÖ

SPÖ

SPÖ

BA SPÖ

n Daniela Karuza, GR

Vor Begrüßung und Eröffnung der Sitzung gibt die Bürgermeisterin einen Dringlichkeitsantrag durch die Bürgermeisterin eingebracht.

Dringlichkeitsantrag 1) Aufnahme des Tagesordnungspunktes 1 (Berichterstattung der Bürgermeisterin Bianca Fürst, MA)
Der DA 1 ist als **ANHANG** dem Protokoll beigelegt.

Abstimmung zur Dringlichkeit für Aufnahme als TOP in die Tagesordnung

Für: einstimmig

Die Dringlichkeit wird **angenommen**. Der **DA 1** wird in die Tagesordnung aufgenommen.

st die erschienenen Mitglieder des Gemeinderates
a Blank (SPÖ), gfGRin Daniela Karuza und GR
ß entschuldigt sind.

ordnung für den öffentlichen Teil der Sitzung

protokolls

vom 04.11.2024

APP

elektronischer Akt)

enschutzbeauftragten

eter Ausbildungserfolge

on ausgezeichneten Ausbildungserfolge

nschaft

ikschulverbandes Bucklige Welt-Mitte mit dem
Welt

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Es sind 16 von **19** Mitgliedern des Gemeinderates an

Die Beschlussfähigkeit ist somit gegeben.

Auf Nachfrage der Vorsitzenden geben die Fraktionen bekannt:

Für die HOCH-Fraktion gfGR Gunter Linhart, für die S

2. Genehmigung / Nichtgenehmigung des letzten

Die Vorsitzende stellt fest, dass das Protokoll der Sitz
Schriftführer und je einem Mitglied der im Gemeinderat

Einwände zum Protokoll:

Nach ausdrücklicher Befragung durch die Vorsitzende
genehmigt.

TOP 3: Genehmigung der Tagesordnung

Die Vorsitzende stellt den Antrag um Genehmigung
Tagesordnung keine Einwände erhoben werden,

TOP 4: Bericht über die Sitzung des Prüfungsausschusses (Berichterstatterin GRin Sonja Karolyi)

Sachverhalt:

Am 04.11.2024 fand eine Sitzung des Prüfungsausschusses
Einschau in den 1. NTVA 2024 statt.

Die Berichterstattung erfolgt gemäß dem Protokoll der
Entlastung des Kassenverwalters wird, gemeinsam mit
Abstimmung gebracht.

Antrag:

Die Kenntnisnahme des Berichtes und die Entlastung

Abstimmung:

(einstimmig)

TOP 5: 1. Nachtragsvoranschlag 2024 (Berichterstatterin Bürgermeisterin Bianca Fürst,

Sachverhalt:

Auf Grund einiger Änderungen bei Einnahmen (Bsp.
Ertragsanteile) und Änderung bei den Ausgaben (Bsp.
Projekten) wurde ein Nachtragsvoranschlag, gem. §
erste Nachtragsvoranschlag wurde in der Zeit vom 2

und zwei Anmerkungen schriftlich durch die Verwaltung
höhung der HHSt 1/9000-7280 um weitere € 8.000,--,
begleichung gekommen ist und somit noch eine
Erstellung nicht ersichtlich. Die zweite Stellungnahme
) und deren Bebuchung mit einer neuen Einnahme.
sichzeitig dient diese neue Einnahme als Gegenpost
dieser offenen Frist fand auch die Sitzung des

eschlossenen Themen des Gemeinderates, Ankauf
Kindergarten (Kinder 2 Jahre), Änderungen im Bereich
ete a.G. Aufnahmen, sowie ein Rückgang der
wurde das Projekt „Wasserversorgung“ neu in das

nderung des Wortes „Guntramsdorf“ im Vorbericht auf
bericht.

0,-- erhöht werden. Im 1. NTVA beziffert mit €
nungen bei Leistungen an Firmen (hier EDV)

November / Anfang Dezember. Dies war bei der
er die Angleichung erfolgen.

HHSt 2/9250+8590 der Ausgleich erfolgen. Die HHSt
Nachtragsvoranschlag aufgenommen werden. Bei
annt.

verändert (verbessert) sich ggü. der Auflageform des
Ebene, Saldo 00 / Nettoergebnis (21-22) von
er Finanzierungshaushalt Saldo (SA) 5 hat eine
1.700,00.

verbessert sich von € -190.700,-- auf € -96.400.

nca Fürst, MA, AL Mag. (FH) Robert Wiedner.

nderungsanträgen auf Grund der Anmerkungen

itiesApp
MA)

2024 durchgeführten Vorstellung der Cities-App und
und vor allem ihrer Vereine und

Wirtschaftstreibenden, soll der Umstieg auf die Cities beschlossen werden.

Die Kosten belaufen sich auf: Setup Gebühr € 1.303,- Jahresgebühr von € 1.500,-- (excl. MwSt). für drei Jahre Jahresgebühr.

Der Übergang soll fließend stattfinden.

Der Gemeinderat soll somit den Umstieg auf die Cities

An der Diskussion beteiligen sich [gfGR Johann Baum](#)
[GRin Sonja Karolyi](#).

Antrag:

Es wird beschlossen:

Die Vergabe für die Umstellung auf Cities-App unter o
Gebühr von € 1.303,-- (excl. MwSt) und einer Jahresge

Die Bedeckung erfolgt über das Projektkonto HHSt 1/

Abstimmung:

(einstimmig)

TOP 7: Beschlussfassung über die Einrichtung ELAK (Berichterstatter Bürgermeisterin Bianca Fürst)

Sachverhalt:

Um einen weiteren Schritt zur Digitalisierung in der G
„Einführung eines ELAK“ von wichtiger Bedeutung. D
wird dadurch erleichtert. Weiters werden die Ablages
zugeordnet.

Die Firma gemdat nö bietet hier ein ELAK-Programm
Programmen, kommuniziert. Die Rechnungsadminist
Der Kostenpunkt für die Anschaffung beträgt € 17.374,82
stattfinden, wovon der erste Teil mit 40% im Jahr 202
2025.

Die Auftragsvergabe soll nach Beschlussfassung erfol
2025 erwartet. Die koordinativen und administrativen
Beschlussfassung bis Ende März 2025 abzuschließen

An der Diskussion beteiligen sich [GR Andreas Mühlh](#)
[Wiedner](#)

Antrag:

Es wird beschlossen:

Der Umstieg auf den ELAK und die Vergabe an die F
Anschaffungskosten von € 17.374,82 mit der Finanzi
von 40% zu 60%.

eines Datenschutzbeauftragten

MA)

erordnung sind die Gemeinden verpflichtet einen
anzusetzen. Die Umsetzung hätte bereits in den Jahren
die Übernahme dieser Aufgaben vor, das durch Ing.

, GR Ing. Johann Waldherr, GRin Marianne Landa,
ert Wiedner.

n Herrn Ing. Mag. Kronberger e.U. zum angebotenen

sgezeichneter Ausbildungserfolge

MA)

eführten Zuerkennung von Subventionsgaben für mit
soll diese Subvention auch an Herrn Josef Paul
kannt werden. Die Höhe der Subvention

/2820-7680 erfolgen, gem. NTVA erfolgen.

9:39 Uhr die Sitzung.

- Die Vergabe der Subvention für ausgezeichnete AGRin Romana Steiner in der Höhe von jeweils € 1.000,-
Die Übergabe soll in einem dem Anlass entsprechenden Rahmen

Abstimmung:

(einstimmig)

Vor Eintritt in TOP 10 nimmt GRin Romana Steiner ab

Abstimmungsquorum: 16 Gemeinderäte

TOP 10: Beschlussfassung über die Richtlinien zu Ausbildungserfolge

(Berichterstatterin Bürgermeisterin Bianca Fürst,

Sachverhalt:

Auf Grund der Tatsache, dass die „Anerkennung von Ausbildungserfolgen“ eine dauerhafte Anerkennung für junge Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde ist, beschließt der Gemeinderat nachstehende Stipendienordnung b

Stipendienordnung der G

Der Gemeinderat von Hochwolkersdorf beschließt die nachstehende Stipendienordnung.
Die Gemeinde Hochwolkersdorf vergibt auf Antrag

§1 Grundlagen

Die Gemeinde Hochwolkersdorf möchte mit dieser Stipendienordnung die Ausbildung von Schülerinnen/Schülern, Lehrlingen beim Lehrlingsausbildungserfolg bis zum Meisterkurs anerkennen.

Für das Stipendium kann jeweils nur beim Abschluss der Ausbildung ein Mehrfachansuchen unterliegen einer Einzelprüfung der Gemeinde zur Anerkennung eines Stipendiums.

Doppelförderungen über andere Arten von Subventionen, die außerhalb dieser Stipendienordnung, sind ausgeschlossen.

§2 Personenkreis

Der Personenkreis dieser Stipendienordnung umfasst die Schülerinnen/Schülerinnen der Fachhochschulen, sowie Lehrlinge bis zur Lehrabschlussprüfung, Meisterkurses, sowie Schülerinnen/Schüler, die nach dem Abschluss der Ausbildung besuchen (ausgezeichneter Abschluss mittlerer oder

§3 Höhe Stipendium

Das Stipendium wird festgesetzt in der Höhe von

§4 Voraussetzungen

- a. Nachweis über den Hauptwohnsitz in Hochwolkersdorf zum Zeitpunkt des Antritts des ersten Ausbildungsschrittes, ge

rlingsabschluss, Meisterbrief, Reifeprüfung, usw.)

dem Jahr erfolgen, wo der Ausbildungserfolg

nach Verfügbarkeit der finanziellen Mittel der

evorstand zur Beschlussfassung und

orliegenden Unterlagen, im Sinne dieser Richtlinie
er Gemeindevorstand hat einmal pro
en Gemeinderat zu informieren.

ächtigt in geeignetem Rahmen die zuerkannten

ß dieser Stipendienordnung entsteht kein
oraussetzungen und die Dotierung der
otierung der Haushaltsstelle nicht ausreichen, so
ltsjahr vergeben werden. Sollten Stipendien auf
den können, obwohl alle Voraussetzungen erfüllt
sjahr übergeben werden, wobei hier
müssen.

somit zum Verwehren des Stipendiums kommt,
r in Kenntnis zu setzen.

eptember des laufenden Jahres schriftlich unter
n Gemeindeamt einzubringen. Die Anbringen
neinde@hochwalkersdorf.at) eingebracht

enden Jahres einlangen, gilt, dass diese im

nca Fürst, MA, GRin Sonja Karolyi, GR Daniel
Linhart, GRin Romana Steiner, gfGR Johann

eweiligen Bedeckungen sind unter den
nehmen.

Der Gemeinderat beschließt, dass die Vergabe von S
Gemeindevorstand beschlossen werden können.

Abstimmung:

(einstimmig)

TOP 11: Grundsatzbeschluss Gründung einer Energiegenossenschaft (Berichterstatter gfGR Gunter Linhart)

Sachverhalt:

Eine Energiegenossenschaft ist ein vorwiegend regionaler Zusammenschluss zur Erzeugung und Verwertung von Energie.

Die wesentlichen Vorteile sind:

Erzeuger: Überschuss aus PV-Anlagen wird zu einem günstigen Preis abgenommen

Konsument: bezieht zum selbigen Preis den Strom + Wärme

Wertschöpfung bleibt in der Region; stabiler Strompreis

Die Energiegenossenschaft ist zusätzlich zum jeweiligen Energieversorger

Bsp. für Erzeuger: zuerst Eigenverbrauch, was darüber hinausgeht an jenen Partner, der vorher auch bei ÖMAG)

Bsp. für Konsument: zuerst vergünstigter Bezug über die Genossenschaft, wenn vorhanden ist – beispielsweise in der Nacht) - wie gewohnt

Vorteil für die Gemeinde: der auf unseren 3 Standorten Strom kommt somit wesentlich kostengünstiger zu den Pumpwerken, etc.).

Es sind Informationsabende für die Bevölkerung geplant, die zu 100% gefördert (lediglich USt. fällt an).

An der Diskussion beteiligen sich gfGR Gunter Linhart, Johann Baumgartner, GRin Marianne Landa, GR Dagmar Brigitte Linzer, GRin Sonja Karolyi.

Antrag:

Es wird beschlossen: Grundsatzbeschluss über die Gründung einer Energiegenossenschaft in Hochwolkersdorf. Weitere Schritte für die Gründung

Abstimmung:

einstimmig

ssse

A)

ich die Gemeinde Hochwolkersdorf dazu
erkunft im Gemeindegebäude, Hofgasse 3, zu bieten.
rstützung von Gemeinderäten und zahlreichen
estattet und hergerichtet. Bisher konnten die
eben. Nachdem ein Ende des Krieges nicht in Sicht ist
schluss von Deutschkursen auch berufstätig sind,
geschlossen werden. Hierfür wurden durch die
Mietverträge auf Basis des Mietrechtsgesetzes
ung einen reduzierten Richtwertmietzins (-25 %),

sowie ein Betriebskosten-Akonto erstellt werden
o 01.01.2025 beschlossen werden.
äge hat zu erfolgen.

auf Frau Yuliia Fedorenko für Hofgasse, TOP 4 sowie
sis des Mietrechtsgesetzes (MRG) in der Kategorie C
us ergebenen reduzierten Richtwertmietzins (-25 %)

nca Fürst, MA, [gfGR Gunter Linhart](#).

ng des Musikschulverbandes Bucklige Welt-Mitte Bucklige Welt

es 2000 mit 01.01.2026, die durch den NÖ Landtag
turierungen im Musikschulwesen durchzuführen. Vor
ände davon betroffen. Da das neue Musikschulgesetz
t es notwendig, dass sich Musikschulverbände der
zusammenschließen. Grund für die 300
andesförderungen geht. Damit das Angebot der
ielfältiger werden kann, soll ein neu zu gründender
Kunstschule Bucklige Welt“ erhoben werden.
nd Bucklige Welt Süd (TN Krumbach,
ige Welt Mitte (Hollenthon, Lichtenegg, Wiesmath,
le Kirchschatz mit Filiale Bad Schönan.

n einem ersten Schritt notwendig, dass die
hönau einen Musikschulverband gründet. Die
der Musik- und Kunstschule Bucklige Welt“ wurden

Des Weiteren können sich nun die oben genannten G
anschießen, damit zuletzt ein Gemeindeverband mit
Der Verbandsitz ist in der Stadtgemeinde Kirchschlag
Der Gemeindeverband der Musik- und Kunstschule B
aufnehmen. Die Satzung wird dem Gemeinderat vor E
Protokoll als Beilage angeschlossen.

Satzung "Gemeindeverband der Mu

§
Name und Sitz des G

Der Gemeindeverband führt den Namen "**Gemeindeve**
und hat seinen Sitz in Kirchschlag i.d.B.W.

§
Beteiligte G

Dem Gemeindeverband gehören folgende Gemeinden a

1. Bad Schönau
2. Hochneukirchen-Gschaidt
3. Hochwolkersdorf
4. Hollenthon
5. Kirchschlag i.d.B.W.
6. Krumbach
7. Lichtenegg
8. Schwarzenbach
9. Wiesmath

§
Aufgaben des Ge

- (1) Aus dem eigenen Wirkungsbereich der verbandsan
die Errichtung, Erhaltung, Verwaltung und die Füh
- (2) Unterricht wird in allen beteiligten Gemeinden erte

§
Org

Organe des Gemeindeverbandes sind:

1. die Verbandsversammlung
2. der Verbandsvorstand und
3. der Verbandsobmann (§ 7 Abs. 1 NÖ Gemeindever

Versammlung

er Vertreter der verbandsangehörigen Gemeinden.

t sich nach den gesetzlichen Bestimmungen.

§ 5 NÖ Gemeindeverbandsgesetz), ausgenommen
eindeverbandes sowie des Kostenersatzes (§ 11 der

sscheiden von Gemeinden (§ 20 NÖ
ösung des Gemeindeverbandes (§ 21 NÖ

annes, der beiden Verbandsobmannstellvertreter und
s durch Beschluss.

Nachtragsvoranschlag, das Voranschlagsprovisorium,
lan und die Eröffnungsbilanz.

igungen gemäß § 13 Abs. 1 NÖ

gemäß § 7 Abs. 2 NÖ Gemeindeverbandsgesetz.

nlung ist die Anwesenheit von zwei Drittel der Mitglieder
en, bei Beschlüssen gemäß Abs. 3 Z. 1 jedoch die
n erforderlich.

Vorstand

bmann als Vorsitzenden, zwei
itgliedern, die von jenen verbandsangehörigen
ann oder einen der Stellvertreter stellen. Der Leiter der
standes, der somit 10 Personen umfasst.

innt mit der Bestellung seiner Mitglieder und endet mit
spätestens innerhalb von sechs Monaten nach jeder

ngskreis der Verbandsversammlung gehörenden

g der oberbehördlichen Befugnisse.

4. Entscheidungen in allen Angelegenheiten, die bedürfen.
 5. Aufnahme ständiger Bediensteter des Gemein Dienstverhältnisses solcher Bediensteter, insb
 6. Abschluss von Rechtsgeschäften, durch die si die höher sind als 5% der Erträge des Ergebnis
 7. Beschlussfassung über Anträge gemäß § 17 Ab
 8. Durchführung der Abwicklung im Falle der Auf Gemeindeverbandsgesetz.
- (4) Zu einem gültigen Beschluss des Verbandsvorstan und die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimm

§

Verband

- (1) Der Verbandsobmann und seine Stellvertreter sind Gemeinden in der Verbandsversammlung zu beste
- (2) Dem Verbandsobmann obliegen:
 1. Die Besorgung aller Aufgaben des Gemeindever Verbandsversammlung oder gemäß § 6 Abs. 3
 2. die Angelobung der Mitglieder des Verbandsvo
 3. der Abschluss von Rechtsgeschäften, durch d verpflichtet, die nicht gemäß § 6 Abs. 3 Z. 6 de
- (3) Der Verbandsobmann ist Vorsitzender der Verband
- (4) Der Verbandsobmann ist im Falle seiner Verhinder auch diese verhindert, wird der Verbandsobmann Bestimmungen durch das vom Verbandsvorstand Für diesen Fall wird der Verbandsvorstand von sein

§

Amt des Geme

- (1) Die Geschäfte des Gemeindeverbandes werden du
- (2) Das Amt ist ein Hilfsorgan des Gemeindeverbande Organisation hat der Verbandsobmann zu treffen.

§

Amt

Zum Leiter des Amtes des Gemeindeverbandes wird de bestellt.

Ausschuss

meindeverbandes, ob diese wirtschaftlich, zweckmäßig und sonstigen Vorschriften entspricht und richtig geführt

ern. Mitglieder des Verbandsvorstandes dürfen nicht bestellt werden.

n (Semester) vorzunehmen. Das Ergebnis ist in einem Beschlussfassung über den

Ersätze

des sind zunächst die Einnahmen (Elternbeiträge, Vergütung seiner Aufgaben zufließen. Der durch diese Ausgabe der folgenden Bestimmungen von den (Abs. 2 NÖ Gemeindeverbandsgesetz).

rund des Rechnungsabschlusses zu ermitteln. Der, dass er bis spätestens 30. April des dem Vorlage vorgelegt werden kann.

die verbandsangehörigen Gemeinden erfolgt nach dem der Gemeinden während des im abgelaufenen von den Lehrern abgehaltenen Unterrichtseinheiten. Eine bis zu 50 Minuten, in der wenigstens einem Schüler

durch eigene Einnahmen des Gemeindeverbandes und gedeckten Aufwand binnen acht Wochen nach zu ersetzen.

Verpflichtung gemäß Abs. 4 nicht nach, ist sie vom die vier Wochen nicht übersteigen darf, aufzufordern, die der Verbandsvorstand bei der Aufsichtsbehörde zu in Verzug geratenen verbandsangehörigen Gemeinde einer gemäß § 17 Abs. 4 NÖ Gemeindeverbandsgesetz

Vorauszahlungen

verbandsangehörigen Gemeinden Vorauszahlungen in und am 5. April und 5. Juli jeweils ein Viertel.

- (2) Der Ermittlung der Höhe des im Wege der Vorauszahlung der Gemeinden zu leistenden Betrages ist der Voranschlag vom 1. Oktober des seiner Geltung vorausgehenden Jahres zugrunde zu legen.

Dieser Betrag ist auf die einzelnen verbandsangehörigen Gemeinden nach Abs. 3 aufzuteilen, wobei die Stundenaufteilung der Voranschlagsbeschlussfassung laufenden Schuljahres zugrunde zu legen.

- (3) Kommt eine verbandsangehörige Gemeinde ihrer Verpflichtung nach den Bestimmungen des § 11 Abs. 5 sinngemäß anzuweisen.

§

Lehrpersonen

- (1) Die im Schuljahr 2024/2025 in einem unbefristeten Dienstverhältnis (Musikschullehrer) der Gemeinde Kirchschlag mit dem Zusammenschluss bedingten Betriebsüberganges in die „Musik- und Kunstschule Bucklige Welt“ mit allen bisherigen Beschäftigungsausmaß etc.) übernommen.

- (1a) Die im Schuljahr 2024/2025 in einem unbefristeten Dienstverhältnis (Vertragsbediensteten (Musikschullehrer) der Gemeinde Kirchschlag Mitte und Musikschule Bucklige Welt Süd werden mit dem Zusammenschluss bedingten Betriebsüberganges in den Personalausschuss der Kunstschule Bucklige Welt“ mit allen bisherigen Beschäftigungsausmaß etc.) übernommen.

Die Rechte und Pflichten der aufgehenden Musikschule Kirchschlag Süd als bisherige Dienstgeber ihres Lehrpersonals nach dem Verbandsvertragsbedienstetengesetz 1976 (GVBG), LGBl. Nr. 10/1976, operativen Tätigkeit (01.09.2025) der aufgehenden Musikschule Kirchschlag Süd „Gemeindeverband der Musik- und Kunstschule Kirchschlag“.

- (1b) Soweit in den übergehenden Dienstverhältnissen der übergegangenen Rechte und Pflichten von je einer Lehrpersonals abgewichen wird, gelten diese für die Musikschule Kirchschlag Süd sondervertragliche Regelungen gemäß § 41 GVBG, LGBl. Nr. 10/1976, den jeweiligen betroffenen Bediensteten – im Rahmen des Ablauf eines Jahres ab dem Zeitpunkt des Zugeschlusses – zu werden.

- (1c) Die Betrauung der bisherigen Leitung der Musikschule Kirchschlag Süd „Gemeindeverband der Musik- und Kunstschule Kirchschlag“ bleibt unbeschadet einer dienstrechtlich zulässigen spätere auch nach dem Zusammenschluss mit den aufgehenden Musikschulverbänden die Leitung der Musikschule der Musikschulverbände ein Funktionsdienstposten der Stellvertretung der Musikschule Kirchschlag Süd. Hinsichtlich der Entlohnung der bisherigen Leitung der Musikschule Kirchschlag Süd zur Anwendung gebracht.

- (1d) Die aufgehenden Musikschulverbände geben bis zum Zeitpunkt und Grund des Betriebsüberganges der Musikschule Kirchschlag Süd Musikschulverbandes mindestens einen Monat vor.

betroffenen Dienstnehmerinnen und Dienstnehmer
nehmenden Musikschulverband fortzusetzen.

ihre bis zum Zeitpunkt des Zusammenschlusses
n aus dem Dienstverhältnis zur ungeteilten Hand mit
abfertigungsansprüche („Abfertigung alt“) haften die
Betrag, der dem fiktiven Abfertigungsanspruch zum
(Betragsabfertigung) entspricht. Die Haftung der aufgehenden
Zeitpunkt des Zusammenschlusses (Betriebsübergang)

die Bestimmungen des NÖ Gemeinde-
r jeweils geltenden Fassung) und des NÖ Gemeinde-
Nr. 15/2024, sinngemäß Anwendung.

auf das Lehrpersonal des Gemeindeverbandes angewendet
, können im Einzelfall Verträge (z.B. Werkverträge) nach
sen werden. In diesen Verträgen ist jeweils vorzusehen,
das Vertragsverhältnis erlischt.

und Abs. 2 richtet sich bei Auflösung des
Gemeinde-Vertragsbedienstetengesetzes 1976 bzw. des
den folgenden Bestimmungen: Im Falle eines
OG des Rates vom 12. März 2001 sind die Regelungen des §
(analog) anzuwenden. Liegt kein Betriebsübergang vor, ist
dem betroffenen Lehrpersonal innerhalb von drei Monaten
des eine Einigung über die Begründung eines
ungung nicht zustande kommt, gilt das zum aufgelösten
aufgelöst.

und Haftungen sind – auch nach Auflösung des
den nach Maßgabe der Quote gemäß § 11 Abs. 3 der

mmungen des § 14 Abs. 1 bis Abs. 4 der Satzung

14

gspersonal

tete einer oder mehrerer verbandsangehöriger
überlassung sind die Bestimmungen des NÖ
enden.

- (2) Über die Überlassung ist zwischen dem Dienstgeber und dem Dienstnehmer eine Vereinbarung zu treffen. Diese Vereinbarung hat insbesondere zu klären:
- a) Zweck der Überlassung,
 - b) Beginn und Ende der Überlassung,
 - c) das Beschäftigungsausmaß im Rahmen der Überlassung.
- Für diese Vereinbarung ist der Verbandsvorstand nach den Bestimmungen des § 1 Abs. 2 NÖ Gemeinde-Vertragsbedienstetengesetz das Organ der Gemeinden nach den Bestimmungen des § 1 Abs. 2 NÖ Gemeinde-Vertragsbedienstetengesetz.
- (3) Unbeschadet einer Vereinbarung gemäß Abs. 2 wird die Überlassung durch die Gemeinde ausgeübt. Die Bediensteten sind für die Gemeinde und im Rahmen der strukturellen Weisungsberechtigten (z.B. Obmann, Amtsleitung) der Gemeindeverband unterliegt dabei dem Aufsicht des Gemeindevorstandes gemäß § 3 Abs. 2 NÖ Personalüberlassungsgesetz.
- (4) Die gesetzlich verpflichtenden Personalkosten (laut § 1 Abs. 2 NÖ Gemeinde-Vertragsbedienstetengesetz) vierteljährlich der überlassenden Gemeinde vom NÖ Gemeinde-Vertragsbedienstetengesetz Personalmaßnahmen, die mit erhöhten Kosten für die Gemeinde verbunden sind, Einverständnis des Gemeindevorstandes einzuholen.
- (5) Unbeschadet der Absätze 1 bis 4 bleibt es dem Gemeindevorstand vorbehalten, das Verwaltungspersonal zu beschäftigen. Auf das Verbot der Überlassung nach den Bestimmungen des NÖ Gemeinde-Vertragsbedienstetengesetz (Fassung) bzw. des NÖ Gemeinde-Bedienstetengesetz (Fassung) keine sinngemäß Anwendung.
- (6) Bei Auflösung des Verbandes kommen die Bestimmungen des § 1 Abs. 2 NÖ Gemeinde-Vertragsbedienstetengesetz zur Anwendung.

S

Vermögensrechnung

- (1) Bei Auflösung des Gemeindevorstandes gehen die eingetragenen Sachwerte (Musikinstrumente, Noten, etc.) und übrige Vermögen des Gemeindevorstandes ist nach den Bestimmungen des NÖ Gemeinde-Vertragsbedienstetengesetz (Fassung) aufzuteilen, wobei die jeweiligen Verhältnisse zugrunde zu legen sind.
- (1a) Die im Schuljahr 2025/2026 in das Verbandsvermögen des Gemeindevorstandes Schönau und Kirchschatz i.d.B.W. sind mittels Inventur der Vermögensgegenstände in der Eröffnungsbilanz zu berücksichtigen.
- (1b) Die im Schuljahr 2025/2026 in das Verbandsvermögen des Gemeindevorstandes Musikschule Bucklige Welt Mitte und Musikschule Bucklige Welt Süd zu dokumentieren und in der Eröffnungsbilanz zu berücksichtigen.
- (2) Die Kosten der Abwicklung sind vor der Aufteilung der Vermögensgegenstände zu berücksichtigen.
- (3) Die Abwicklung ist durch den im Zeitpunkt der Auflösung des Gemeindevorstandes amtierenden Vorstand zu verantworten. Der Vorstand bleibt jedenfalls – soweit es die Abwicklung im Amt.

die verbandsangehörigen Gemeinden gegenüber dritten
Abs. 3 der Satzung.

irtschaftlicher Unzumutbarkeit

meindeverband ihr Ausscheiden wegen wirtschaftlicher
hend zu begründen und entsprechend zu belegen.
ng nicht zur Kenntnis zu nehmen, weil sie der
it nicht vorliegt, kann sie, ebenso wie die das
Ö Gemeindeverbandsgesetz die NÖ Landesregierung
m Falle der Kenntnisnahme durch die
am, in dem diese erfolgt, im Falle der Anrufung der
em die Landesregierung eine dem Begehren dieser
ffen hat.

nt anders der Verbandszweck weiterhin erfüllt werden
vermögen an diesen abzutreten, Eigentum zu
Eintritt von Schaden Ersatz zu leisten.

zeiten des Gemeindeverbandes zum Zeitpunkt des
es § 16.

meindeverbandes

an die vom Gemeindeverband und den
nahmen erkennen lassen, dass die ordnungsgemäße
den Aufgaben durch diese gewährleistet ist oder wenn
n übertragenen Aufgaben nicht mehr zu erfüllen vermag

mit dem Wegfall der im § 3 bezeichneten Aufgaben

indeverband der Musik- und Kunstschule Bucklige
e Vereinbarung gemäß §§ 4 und 20a NÖ

finanziellen Mittel vorzusehen.

Abstimmung:

(einstimmig)

TOP 14: Allfälliges

Berichte:

- > Vizebürgermeister DI Martin Puchegger; Feedback
- > Projektabschluss ABA Äußere Alm
- > Projekt Tankstelle: Einreichung der Unterlagen zur
- > Fernwärme: Infoveranstaltung mit den Bestandskur
- > Beschädigungen nach Böllerschüssen

Damit ist die Tagesordnung der **öffentlichen Sit**

Um 21:15 Uhr wird über Antrag der Vorsitzenden
ausgeschlossen.

Schluss der öffentlichen Sitzung: 21:15 Uhr

Hochwolkersdorf, am 25.09.2024

Geschlossen und gefertigt.

Schriftführer



Vorsitz

HOCH - Fraktion

SPÖ -

ung

verband der

hule Bucklige Welt"

1

Gemeindeverbandes

verband der Musik- und Kunstschule Bucklige Welt"

2

Gemeinden

an:

3

meindeverbandes

gehörigen Gemeinden obliegt dem Gemeindeverband
ung der Musik- und Kunstschule Bucklige Welt.

ilt.

4

ane

andsgesetz)

- (1) Die Verbandsversammlung ist die Versammlung der
- (2) Die Vertretung in der Verbandsversammlung richtet
- (3) Der Verbandsversammlung obliegt:
 1. Beschlussfassung über Satzungsänderungen (§ 1 Abs. 1 Satz 1 Gemeindeverbands-gesetz) sowie über die Änderungen des Aufgabenbereiches des Gemeindefachbereichs (Satzung).
 2. Beschlussfassung über den Beitritt und das Austrittsrecht (§ 1 Abs. 1 Satz 2 Gemeindeverbands-gesetz) sowie über die Aufhebung des Gemeindefachbereichs (Satzung).
 3. Bestellung und Abberufung des Verbandsobmanns und der übrigen Mitglieder des Verbandsvorstandes (§ 1 Abs. 1 Satz 3 Gemeindeverbands-gesetz).
 4. Beschlussfassung über den Voranschlag, den Rechnungsabschluss, den Dienstpostenplan und den Haushaltsplan (§ 1 Abs. 1 Satz 4 Gemeindeverbands-gesetz).
 5. Beschlussfassung über die Aufwandsentschädigung (§ 1 Abs. 1 Satz 5 Gemeindeverbands-gesetz).
 6. Bestellung von Ausschüssen und Hilfsorganen (§ 1 Abs. 1 Satz 6 Gemeindeverbands-gesetz).
- (4) Zu einem gültigen Beschluss der Verbandsversammlung bedarf es der einfachen Mehrheit der abgegebenen Stimmen (§ 1 Abs. 2 Satz 1 Gemeindeverbands-gesetz). Die einfache Mehrheit von drei Viertel der abgegebenen Stimmen ist erforderlich (§ 1 Abs. 2 Satz 2 Gemeindeverbands-gesetz).

- (5) Der Verbandsvorstand besteht aus dem Verbandsobmann, dem Verbandsobmannstellvertreter, weiteren sechs Mitgliedern, die von den Gemeinden vorzuschlagen sind, die nicht den Obmann der Musikschule ist ebenfalls Mitglied des Verbandsvorstandes (§ 1 Abs. 3 Satz 1 Gemeindeverbands-gesetz).
- (6) Die Funktionsperiode des Verbandsvorstandes beträgt zwei Jahre (§ 1 Abs. 3 Satz 2 Gemeindeverbands-gesetz). Die Bestellung des neuen Verbandsvorstandes erfolgt bei der allgemeinen Gemeinderatswahl vorzunehmen ist (§ 1 Abs. 3 Satz 3 Gemeindeverbands-gesetz).
- (7) Dem Verbandsvorstand obliegen:
 1. Vorberatung und Antragstellung der zum Wirkungskreis des Verbandsvorstandes gehörenden Angelegenheiten (§ 1 Abs. 4 Satz 1 Gemeindeverbands-gesetz).
 2. Erlassung von Verordnungen (§ 1 Abs. 4 Satz 2 Gemeindeverbands-gesetz).
 3. Entscheidungen im Instanzenzug und Ausübung der Verwaltung (§ 1 Abs. 4 Satz 3 Gemeindeverbands-gesetz).
 4. Entscheidungen in allen Angelegenheiten, die dem Verbandsvorstand obliegen (§ 1 Abs. 4 Satz 4 Gemeindeverbands-gesetz).

deverbandes sowie die Auflösung des
besondere die Bestellung des Leiters der Musikschule.
ch der Gemeindeverband zu Leistungen verpflichtet,
voranschlag des jeweiligen Haushaltsjahres.
s. 4 NÖ Gemeindeverbandsgesetz.

ösung gemäß § 21 Abs. 1 NÖ

des ist die Anwesenheit von zwei Drittel der Mitglieder
en erforderlich.

7

sobmann

aus dem Kreis der Vertreter der verbandsangehörigen
llen.

verbandes, die nicht gemäß § 5 Abs. 3 der Satzung der
der Satzung dem Vorstand obliegen,
rstandes nach dem NÖ Gemeindeverbandsgesetz,
e sich der Gemeindeverband zu Leistungen
n Vorstand obliegen.

sversammlung.

ung durch die Obmannstellvertreter zu vertreten. Sind
durch das von ihm bestimmte oder mangels solcher
erufene Mitglied des Vorstandes vertreten.
em an Jahren ältesten Mitglied einberufen.

8

indeverbandes

ch das Amt des Gemeindeverbandes besorgt.
s. Die näheren Vorschriften über die innere

9

leiter

r Leiter der Musik- und Kunstschule Bucklige Welt

10

- (1) Zur Überwachung der gesamten Gebarung des Verbandes wird ein Prüfungsausschuss eingesetzt, der sicherzustellen muss, dass die Gebarung zweckmäßig und sparsam geführt wird, ob sie ordnungsgemäß und richtig geführt wird, ist ein Prüfungsausschuss zu bestellen.
- (2) Der Prüfungsausschuss besteht aus neun Mitgliedern, die gleichzeitig zu Mitgliedern des Verbandes gehören.
- (3) Die Überprüfung ist mindestens einmal halbjährlich schriftlichen Bericht der Verbandsversammlung an der Rechnungsabgrenzung vorzulegen.

- (1) Zur Deckung des Aufwandes des Gemeindeverbandes (Subventionen) heranzuziehen, die ihm aus der Besondere Einnahmen nicht gedeckter Aufwand ist nach Maßgabe der verbandsangehörigen Gemeinden zu ersetzen (§ 11 Abs. 1).
- (2) Die Höhe des nicht gedeckten Aufwandes ist auf Grundlage des Rechnungsabschlusses so zeitgerecht zu erstellen, dass der Rechnungsabschluss des Jahres der Aufsichtsbehörde vorzulegen ist.
- (3) Die Aufteilung des nicht gedeckten Aufwandes auf die verbandsangehörigen Gemeinden ist nach dem Verhältnis der Summen der in den verbandsangehörigen Gemeinden im Rechnungsjahr zu Ende gegangenen Schuljahres vorzulegen. Eine Unterrichtseinheit ist eine Lektion in der Dauer von 45 Minuten Unterricht erteilt wird.
- (4) Die verbandsangehörigen Gemeinden haben den durch die geleisteten Vorauszahlungen (§ 12) nicht gedeckten Aufwand der Beschlussfassung über den Rechnungsabschluss zu tragen.
- (5) Kommt eine verbandsangehörige Gemeinde ihrer Verpflichtung gegenüber dem Gemeindeverband unter Setzung einer Nachfrist, die Leistung zu erbringen. Nach Ablauf dieser Frist hat der Gemeindeverband beantragen, dass für den Fall der Nichtleistung der Gemeinde mit Bescheid aufgetragen wird, die Leistung binnen festzusetzenden Frist zu erbringen.

- (1) Zur Besorgung der Aufgaben gemäß § 3 haben die verbandsangehörigen Gemeinden folgende Höhe zu leisten: Am 5. Jänner die Hälfte

hlungen gemäß Abs. 1 von allen verbandsangehörigen
nlag des Gemeindeverbandes, der bis längstens 20.
s von der Verbandsversammlung zu beschließen ist,
rigen Gemeinden in sinngemäßer Anwendung des § 11
s während des Zeitpunktes der
hres heranzuziehen ist.

Verpflichtung gemäß Abs. 1 nicht nach, sind die
nden.

13

Personal

Dienstverhältnis stehenden Vertragsbediensteten
Filiale Bad Schönau werden im Rahmen des durch den
in den Personalstand des Gemeindeverbandes „Musik-
en Rechten und Pflichten (Beschäftigungsdauer,

eten Dienstverhältnis stehenden
Gemeindeverbände Musikschule Bucklige Welt
den im Rahmen des durch den Zusammenschluss
Stand des Gemeindeverbandes „Musik- und
en Rechten und Pflichten (Beschäftigungsdauer,

schulverbände „Bucklige Welt Mitte“ und „Bucklige
ersonals gehen gemäß § 2a Abs. 1 NÖ Gemeinde-
2420, im Zeitpunkt des Beginns der gemeinsamen
en Verbände mit dem übernehmenden
„Bucklige Welt“ über (Betriebsübergang).

n zum aufgehenden Musikschulverband hinsichtlich
nen des GVBG zum Vorteil des betroffenen
die Bediensteten günstigeren Regelungen als
G. Von diesen Regelungen kann im Einvernehmen mit
hmen des gesetzlich Zulässigen – frühestens nach
Zusammenschlusses (Betriebsübergang) abgegangen

chule des übernehmenden Musikschulverbands
„Bucklige Welt“ (§ 46e Abs. 8 GVBG) bleibt –
teren Abberufung und Neuausschreibung der Stelle –
henden Musikschulverbänden aufrecht. Für die
e soll ab dem Zusammenschluss (Betriebsübergang)
er Leitung im Dienstpostenplan vorgesehen werden.
ng der aufgehenden Musikschulverbände wird Abs.2

troffenen Dienstnehmerinnen und Dienstnehmern
es sowie den Namen des übernehmenden
vor dem beabsichtigten Übergang bekannt. Binnen

eines Monats ab dieser Bekanntgabe können die
erklären, ihr Dienstverhältnis nicht mit dem über

- (1e) Die aufgehenden Musikschulverbände haften für
(Betriebsübergang) entstandenen Verpflichtungen
dem übernehmenden Musikschulverband. Für Auf
aufgehenden Musikschulverbände nur mit jenem
Zeitpunkt des Zusammenschlusses (Betriebsüber
Musikschulverbände ist mit fünf Jahren ab dem
befristet.
- (2) Auf das Lehrpersonal des Gemeindeverbandes finden
Vertragsbedienstetengesetzes 1976, LGBl. 2420 (in d
Bedienstetengesetzes 2025 (NÖ GBedG 2025), LGBl. 1
- (3) Soweit die im Abs. 2 angeführten Vorschriften nicht a
werden können, um den Verbandszweck zu erreichen
den Grundsätzen des bürgerlichen Rechts abgeschlos
dass mit der Auflösung des Gemeindeverbandes auch
- (4) Die Beendigung der Dienstverhältnisse gemäß Abs. 1
Gemeindeverbandes nach den Bestimmungen des NÖ
NÖ Gemeinde-Bedienstetengesetzes 2025 und nach
Betriebsüberganges im Sinne der Richtlinie 2001/23/
2a GVBG bzw. des § 5 NÖ GBedG 2025 vollinhaltlich
zwischen den verbandsangehörigen Gemeinden und
vor der beabsichtigten Auflösung des Gemeindeverba
Dienstverhältnisses anzustreben. Auch wenn eine Ein
Gemeindeverband bestehende Dienstverhältnis als a
- (5) Alle mit diesen Maßnahmen verbundenen Kosten u
Gemeindeverbandes – von den beteiligten Gemein
Satzung zu tragen.
- (6) Auf eine (Lehr-)Personalüberlassung sind die Besti
anzuwenden.

§

Verwaltung

- (1) Dem Gemeindeverband werden Gemeindebedienst
Gemeinden zur Verfügung gestellt. Auf die Person
Personalüberlassungsgesetzes, LGBl. 2010 anzuw
- (2) Über die Überlassung ist zwischen dem Dienstgeb
Vereinbarung zu treffen. Diese Vereinbarung hat in
 - d) Zweck der Überlassung,
 - e) Beginn und Ende der Überlassung,
 - f) das Beschäftigungsausmaß im Rahmen der ÜFür diese Vereinbarung ist der Verbandsvorstand r
Organ der Gemeinden nach den Bestimmungen de
- (3) Unbeschadet einer Vereinbarung gemäß Abs. 2 wi
Gemeinde ausgeübt. Die Bediensteten sind für die

len Einbindung den diensthoheitlichen und fachlichen
(oder Musikschulleitung) gegenüber weisungsgebunden.
nts- und Weisungsrecht der überlassenden Gemeinde

fende Bezüge, Ruhe- und Versorgungsgenüsse) sind
Musikschulverband zu refundieren. Vor
den Gemeindeverband verbunden sind, ist das
n.

meindeverband vorbehalten, eigenes
waltungspersonal des Gemeindeverbandes finden die
stetengesetzes 1976, LGBL. 2420 (in der jeweiligen
etzes 2025 (NÖ GBedG 2025), LGBL. Nr. 15/2024

nungen des § 13 Abs. 4 und 5 der Satzung sinngemäß

15

liche Ansprüche

von den verbandsangehörigen Gemeinden
en etc.) wieder in den Besitz der Einbringer über. Das
Maßgabe des § 11 Abs. 3 auf die verbandsangehörigen
ltnisse zum Zeitpunkt der Auflösung der Aufteilung

gen eingebrachten Sachwerte der Gemeinden Bad
ntarlisten zu dokumentieren und in der

gen eingebrachten Sachwerte der Gemeindeverbände
Bucklige Welt Süd sind mittels Inventarlisten zu
ücksichtigen.

n Abzug zu bringen.

ösung bestehenden Vorstandsvorstand durchzuführen.
sich um Liquidationen handelt – für die Dauer der

16

tung

die verbandsangehörigen Gemeinden gegenüber dritten
Abs. 3 der Satzung.

17

irtschaftlicher Unzumutbarkeit

meindeverband ihr Ausscheiden wegen wirtschaftlicher
ehend zu begründen und entsprechend zu belegen.

Beschließt die Verbandsversammlung, die Erklärung in der vorstehenden Fassung ist, dass wirtschaftliche Unzumutbarkeit des Ausscheiden begehrende Gemeinde, gemäß § 18 Nr. 1 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 zur Entscheidung anrufen. Das Ausscheiden wird in der Verbandsversammlung mit Ablauf des Jahres wirksam. Die Landesregierung jedoch mit Ablauf des Jahres, in dem die Gemeinde Rechnung tragende Entscheidung getroffen.

- (2) Die ausscheidende Gemeinde hat, wenn sonst nicht möglich, erforderlichenfalls ihre Rechte am Verbandsvermögen zu übertragen, Dienstbarkeiten einzuräumen und bei der Verbandsversammlung zu vertreten.
- (3) Die Gemeinde haftet jedenfalls für die Verbindlichkeiten des Verbands aus dem Ausscheiden nach Maßgabe der Bestimmungen des § 18 Nr. 1 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1.

Auflösung des Gemeindeverbandes

- (1) Der Gemeindeverband kann sich nur auflösen, wenn die Verbandsversammlung der verbandsangehörigen Gemeinden getroffenen Maßnahmen zur Besorgung der an die Gemeinde rück zu übertragenen Aufgaben zu besorgen ist, dass der Gemeindeverband die ihm übertragenen Aufgaben und alle ihm angehörigen Gemeinden es verlangen.
- (2) Der Gemeindeverband ist mit Nichterfüllung oder Verweigerung der Auflösung aufzulösen.

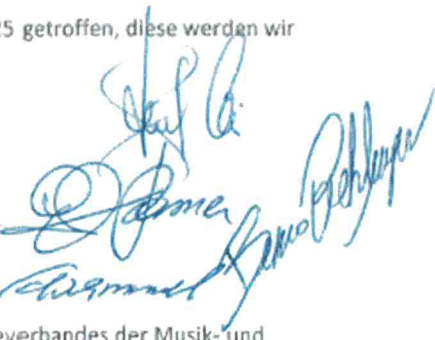
Kirchschlag i. d. B. W.
21.10.2024

Musik- und Kunstschule Schule Bucklige Welt-Mitte

g i. d. B. W. haben die Gründung
Welt im September 2024 be-
2025 mit dem Gemeindever-
verband der Musikschule
meindeverband der Musik-
schlag i. d. B. W. haben wird, ab
den die Gemeinden Bad
hon, Kirchschlag i. d. B. W.,
ren.

musikschulplans zum Schuljahr

5 getroffen, diese werden wir

Three handwritten signatures in blue ink, likely representing the representatives of the municipalities mentioned in the text.

verbandes der Musik- und

Bürgermeisterin
Bianca Fürst, MA

DRINGLICH

Auf Grund § 46 (3) NÖ Gemeindeordnung wird, vor Sitzung,
Dringlichkeitsantrag eingebracht:

Der Gemeinderat möge die Aufnahme des Punktes „Bericht
04.11.2024“ beschließen.

Begründung:

Bei der Festsetzung und Aussendung der Einladungskurren
genaue Termin für die Durchführung der Prüfungsausschu
Tagesordnungspunkt in die Sitzung mittels Dringlichkeitsa

Der Gemeinderat möge der Dringlichkeit zustimmen und o

Bianca Fürst, MA
Bürgermeisterin

Dem Dringlic

Dringlichkeit
aufgenomme

~~Dem Dringlic~~

~~Dringlichkeit~~
~~Tagesordnun~~

VERTRAG

en

02 Hochwolkersdorf, Hofgasse 3

s und

wolkersdorf, Dorfstraße 3

erseits wie folgt:

GENSTAND

2802 Hochwolkersdorf gelegen, konkret an der

gsbezeichnung „**Top (7)**“. Es handelt sich dabei

wobei die Wohnung eine Nutzfläche von (43 m²)

heinschaftsküche im Ausmaß von 21 m². Zumal
wird der halbe Flächenanteil (10,5 m²) in die
et.

her 53,5 m².

rwendet werden. Unter Wohnzwecke sind auch
die üblicherweise auch in Wohnungen ausgeübt

DAUER

d wird auf exakt 3 Jahre geschlossen. Es endet
fte, am 31.12.2027.

n unbegrenzt und beliebig oft verlängert werden.
s 3 Jahre zu erfolgen. Diese Vereinbarung ist zu
endet. „Schriftlich“ bedeutet in Papierform und

2.2:

Das Mietverhältnis kann vom Mieter unter Einwirkung des Vermieters bis zum letzten Tag eines jeden Monats aufgekündigt werden.

2.3:

Betreffend die Aufhebung des Mietvertrages gilt die gesetzliche Regelung in der ABGB.

3. MIETZINS

Der vereinbarte Mietzins errechnet sich aus:

3.1:

Dem gem. § 16 Abs. 7 MRG um 25% erhöhtem Richtwertmietzins, das sind **EUR 274,85**. Der Mietzins beträgt (EUR 6,85 x 53,5 m² =) EUR 366,48.

3.2:

Dem Anteil an den Betriebskosten und öffentlichen Dienstleistungen nach dem Nutzflächenschlüssel für diesen Mietgegenstand. Der Anteil an der Küchenfläche, gesamt sohin **19,5 %** beträgt.

3.3:

Dem Anteil für besondere Aufwendungen (insbesondere für Gemeinschaftsheizung/Zentralheizung, etc.) gemäß Vereinbarung.

3.4:

Der jeweiligen gesetzlichen Umsatzsteuer und sonstigen Abgaben, dergleichen, die in Zukunft für Mietzinse und Nebenkosten anfallen.

3.5:

Die Mieterin nimmt ausdrücklich zur Kenntnis, dass der Mietzins dem Wert des Objektes, insbesondere der Ruhelage der vermieteten Fläche zum gesetzlichen Richtwert beinhaltet.

3.6:

Der Richtwertmietzins erhöht sich in jenem Maße, in dem der jährlich verordnete Richtwert ansteigt.

3.7:

Die Mieterin ist im Sinne einer gerechten Abrechnung verpflichtet, den Betrieb der vorhandenen Gemeinschaftseinrichtungen zu unterstützen.

¹ **ACHTUNG:** Mietverträge, die nach Ablauf der Frist für die Entgegennahme des Mietzinses – nicht aufgelöst werden und nicht erneuert (§ 29 Abs. 3 MRG). Es muss daher spätestens unmissverständlich zum Ausdruck gebracht werden, dass es zu empfehlen, schon einige Monate vor Fristende die Mieterin zu kommunizieren.

luss der Erneuerung oder der Änderung von
des Hauses gegen Glasbruch und Sturmschaden
le der Zustimmung der Mehrheit der Mieter –
rungsprämien auf die Mieter als Betriebskosten

nte der Vermieter diese Prämien nicht im Wege
lle eines Schadenseintritts die Reparaturkosten
eige einer Mietzinserhöhung gem. § 18ff MRG

die Betriebskosten, öffentliche Abgaben sowie
Versicherung monatliche Pauschalbeträge in
he Verrechnung, entrichtet werden.

ist im Voraus monatlich, jeweils zum 5. eines
s verpflichtet sich die Mieterin, dem Vermieter
keitstag ebenso zu vergüten, wie notwendig

amt allem Anhang im Bankeinzugsverfahren zu
igen mündlichen und schriftlichen Erklärungen
ng des Einzugsverfahrens abzugeben.

enüber dem Vermieter allenfalls bestehende
n Betriebskosten oder sonstigen, dem Vermieter
es sei denn, die Gegenforderung steht in
nkeit des Mieters, ist gerichtlich festgestellt oder

UTION

schluss dieses Mietvertrages als Kautions einen

nach seiner Wahl dieses Bargeld entweder auf
o in Form eines Anderkontos veranlagung, wobei
unkt der Veranlagung und im Hinblick auf die,
ranchenübliche Zinsen zu bieten hat.

ermieter dem Mieter nach Rückstellung des
n und abzüglich Veranlagungskosten, ausfolgen.

bereich des MRG Kautionen in Höhe von bis zu

Bei berechtigter Inanspruchnahme der Kautionszahlung durch den Vermieter, ist die Mieterin verpflichtet, die Kautionszahlung zu ergänzen.

4.4 Verwendungszweck:

Die Kautionszahlung dient zur Sicherstellung für sämtliche Schäden, die der Mieter aus dem Mietverhältnis, insbesondere aus der unrichtigen oder unvorsichtigen Abnutzung, Beschädigung, Devastierung des Mietobjektes, der Vernichtung von Inventar und Beschädigung anderer Teile des Gebäudes durch die Mieter oder ihre Leute gem. § 1111 ABGB.

Die Kautionszahlung gilt daher auch zur Absicherung des Mietgegenstandes nach Ablauf der Mietzeit.

4.5 Zurückstellung:

Die Zurückstellung wird – sofern keine Beschädigung vorliegt – nach Rückstellung des Mietobjektes fällig.

Sollten hingegen Schäden am Bestandsobjekt vorliegen, so ist die Zurückstellung nach einer angemessenen Frist zur Feststellung der Schäden fällig.

5. ÜBERGABE

5.1:

Mit Abschluss dieses Mietvertrages mietet die Mieterin das Objekt.

5.2:

Anlässlich der Übergabe werden die Verträge, die zur Fotodokumentation errichtet sind, in dem sie den Zustand des Objektes festhalten, unterschrieben werden.

6. ERHALTUNG UND SCHUTZ

6.1:

Die Mieterin ist verpflichtet, den Mietgegenstand in gutem Zustand zu erhalten und die Einrichtungen, wie im besonderen die Heizungsanlage, zu pflegen (einschließlich von zentralen Wärmeversorgungsanlagen und Gemeinschaftlichen Einrichtungen und Anlagen). Die Mieterin verpflichtet sich ferner zum Ersatz von Schäden, die durch unsachgemäße Behandlung des Mietobjektes entstehen, sofern den Mieter und/oder seine Leute die Schuld daran sind. Bei Gefahr in Verzug sofort, ansonsten je nach Umständen.

kt, an den allgemeinen Teilen des Hauses und
n Vermieter zu melden. Für Schäden, die infolge
et die Mieterin, sofern eine rechtzeitige Anzeige
der verspäteten Anzeige ein Verschulden trifft.

d und die für den Mietgegenstand bestimmten
ichtleitungs-, Wasserleitungs-, Beheizungs-
sanlagen) und sanitären Anlagen so zu warten
von ernsten Schäden, die Beseitigung einer
ses oder die Erhaltung der mitvermieteten
oilers handelt, so instandzuhalten, dass dem
kein Nachteil erwächst.

ietete Heiztherme und den mitvermieteten
Fachleute im erforderlichen Umfang warten zu
nzuweisen. Eine regelmäßige Wartung ist im
men.

gehende Erhaltungspflicht.

achrichtenleitungen und anderer technischer
s und auch in den allgemeinen Teilen des Hauses
Gesetz ausdrücklich erlaubt sind, nur mit

ung bestehender Installationen, unter Putz zu

te aller Art zu installieren, welche nicht den zum
riften entsprechen.

d Lüftungsgeräte nicht angeschlossen werden,
standards entsprechen.

MIETGEGENSTANDES

es Mietgegenstandes durch den Mieter – sofern
en des Vermieters (insbesondere Substanz und
ndere Hausbewohner nicht negativ berührende
ustimmung des Vermieters gem. § 9 MRG.

änderungen am Mietgegenstand dem Vermieter
d Umfang der Veränderung sowie eine Liste der
gen vornehmen sollen. Die Arbeiten dürfen nur
t und durchgeführt werden.

lichen Veränderungen begründet keine Haftung
Veränderungen resultierenden, Schäden.

Ohne Zustimmung des Vermieters darf die Mieterin keine Lichtreklamen, Steckschilder, Namens- oder andere Zeichen anbringen, wenn nicht eine ausdrückliche gesetzliche Vorschrift entgegensteht.

7.2:

Jegliche Tierhaltung ist nur mit Bewilligung des Vermieters zulässig.

7.3:

Aus der zeitweiligen Störung der zentralen Warmwasser-, Wasser-, Aufzüge etc. ist die Mieterin abzuweichen, es sei denn, der Vermieter trifft zu.

7.4:

Die Mieterin nimmt zur Kenntnis, dass er auf keinen Anspruch hat, insbesondere auch nicht auf die Abstellung von Gegenständen oder Möbeln. Eine solche Vorgangsweise als Besitzstörung gilt nicht.

7.5:

Wird die Mieterin im Genuss der Mietrechte gestört, kann sie den Störer selbst unmittelbar klagsweise durchsetzen.

7.6:

Der Vermieter oder ein von ihm Beauftragter (z.B. Handwerker) können den Mietgegenstand aus Gründen der Erhaltung oder der Ausübung der notwendigen Aufkündigung zur Besichtigung mit Mietinteresse, der Liegenschaft zur Besichtigung mit Kaufinteresse. Bei Gefahr in Verzug entfällt die Verpflichtung zur Besichtigung.

7.7:

Kommt die Mieterin ihren oben dargestellten Verpflichtungen nach, ist der Vermieter unter Einhaltung des § 8 Abs. 1 Nr. 1 auf Kosten des Mieters durch befugte Professionisten und Stundensätzen durchführen zu lassen.

7.8:

Die Ausschaltung oder Beeinträchtigung von Anlagen oder solcher Einrichtungen, die dem Mieter ökonomisch dienen, ist dem Mieter verboten. Dies gilt insbesondere für Änderungen.

7.9:

Untersagt ist das Abstellen von Fahrzeugen auf Teilen des Hauses und der Liegenschaft, die Maschinen, insbesondere Werkzeugmaschinen, die ungebührlichen Lärm oder Emissionen erzeugen. Verboten ist auch die Einlagerung von explosionsgefährlichen Stoffen.

8. RÜCKGABE DES MIETGEGENSTANDS

8.1:

Nach Ablauf der Mietzeit ist die Mieterin verpflichtet, den Mietgegenstand – unter Berücksichtigung der gewöhnlichen Abnutzung – zurückzugeben.

terin dem Vermieter ein Benützungsentgelt im
zu dem, der tatsächlichen Übergabe folgenden

INTERVERMIETUNG

IRG – nicht berechtigt, den Mietgegenstand
bestand zu geben. Jede Weitergabe des
ft.

KÜNDIGUNGSGRÜNDE UND VERTRAGS AUFLÖSUNG

gsgründen wird als wichtiger Kündigungsgrund
MRG vereinbart, dass im Falle eines Verkaufes
ndigen kann.

zeit das Recht zu, den Mietvertrag im Sinne der
ösen.

SCHLÜSSEL

des Vertragsabschlusses einen Satz Schlüssel,
kosten herzustellen.

Geschäftsführende Gemeinderat

Gemeinderat

MIETVERTRAG

abgeschlossen am untenstehenden Tag zwischen

3. Yuliia FEDORENKO, geb. 30.03.1973, 28

im Folgenden kurz **Mieterin** genannt, einerseits

4. Gemeinde Hochwolkersdorf, 2802 Hoch

im Folgenden kurz **Vermieter** genannt, andererseits

1. MIETGEGENSTAND

1.1 Beschreibung des Mietgegenstandes:

Der Mietgegenstand ist im Gemeindegebiet von
Adresse Hofgasse 3.

Der Mietgegenstand trägt die Tür- bzw. Wohnungszahl
um

/a eine Wohnung in einem Mehrparteienhaus,
aufweist, sowie

b/ eine für die Hausbewohner zugängliche Gemeinschaftsküche,
insgesamt 2 Parteien diese Küche nützen, wozu die
Nutzfläche des Mietgegenstands miteingerechnet wird.

Die Nutzfläche des Mietgegenstands beträgt da

1.2 Verwendung:

Der Mietgegenstand darf zu Wohnzwecken verwendet werden,
solche der beruflichen Tätigkeit zu verstehen, ausgenommen
werden können.

2. MIETVERHÄLTNISS

2.1

Das Mietverhältnis beginnt am 01.01.2025 und wird
daher, ohne dass es einer Aufkündigung bedürftig ist,

Das Mietverhältnis kann einvernehmlich, zeitlich befristet oder
Die Verlängerung hat schriftlich für mindestens 3 Monate
schließen, bevor das befristete Mietverhältnis
mit originalen Unterschriften abschließen.

haltung einer einmonatigen Kündigungsfrist auf
gt werden.³

elten die Bestimmungen der §§ 1117 und 1118

MTZINS

für die Dauer der Befristung reduzierten
r Richtwertmietzins ohne Befristungsabschlag

ffentlichen Abgaben, der entsprechend dem
derzeit 20% für Top 4 und 6,5 % für die „halbe“

esondere Gemeinschaftseinrichtungen aller Art,
emäß obigem Prozentsatz.

d allfälligen anderen Steuern, Gebühren und
etriebskosten zu entrichten sind.

is, dass aufgrund der besonderen Lage des
einbarte Richtwertmietzins einen Lagezuschlag

ie, in dem der vom Bundesministerium für Justiz

ufteilung auflaufender Kosten verpflichtet, am
tungen teilzunehmen.

vereinbarten Dauer – etwa durch widerspruchslöse
den, gelten als stillschweigend auf unbestimmte Zeit
ens binnen 14 Tagen nach Ablauf eines Mietvertrages
dass keine Verlängerung gewünscht wird. Es ist aber
es schriftlich und nachweislich gegenüber dem Mieter

3.8:

Die Mieterin ist ausdrücklich mit dem Abschluss der Verträge über die angemessene Versicherung einverstanden, sodass der Vermieter – im Falle eines Schadens – berechtigt ist, die hierfür anfallenden Versicherungskosten zu überwälzen.

Ohne Zustimmung der Mehrheit der Mieter können die Betriebskosten nicht auf die Mieter überwälzt werden, sondern nur aus der Hauptzinsmietreserve oder im Falle einer Minderleistung abdecken.

3.9:

Die Mieterin ist damit einverstanden, dass die Zuschläge für Aufzug, Zentralheizung und Wasser in gleichbleibender Höhe, gegen einmalige jährliche

3.10:

Der vereinbarte Mietzins samt allem Anhang ist monatlich im Voraus zu entrichten. Im Falle eines Verzuges sind Verzugszinsen in gesetzlicher Höhe ab Fälligkeit und nachgewiesene Mahnspesen.

3.11:

Die Mieterin erklärt sich bereit, den Mietzins selbst zu begleichen und verpflichtet sich, die notwendigen Schritte gegenüber den Kreditinstituten zur Durchführung zu ergreifen.

3.12:

Es wird vereinbart, dass die Mieterin gegen die Zahlung der Mietzinsen Gegenforderungen nicht mit dem Mietzins, der den Mietzinsen zustehenden, Ansprüchen aufrechnen darf, wenn diese in rechtlichem Zusammenhang mit der Verbindlichkeit stehen, die der Mieter vom Vermieter anerkannt.

4. KA

4.1 Höhe:

Die Mieterin übergibt dem Vermieter bei Abschluss der Kautionsvereinbarung einen Geldbetrag von EUR (0 „null“). ⁴

4.2 Veranlagung und Verzinsung:

Im Falle einer Barkautionsvereinbarung wird der Vermieter verpflichtet, die Kautionsvereinbarung in einem Sparguthaben oder Sparkonto/Festgeldkonto einzubuchen. Das Sparguthaben bzw. das Anderkonto zum Zeitpunkt der Kautionsvereinbarung angesichts der Mietdauer mögliche, Bindung

Vorbehaltlich Gegenforderungen wird der Vermieter verpflichtet, die Kautionsvereinbarung, zuzüglich Zinsen, dem Mieter

4.3 Ergänzungspflicht:

⁴ Gemäß der Rechtsprechung des OGH sind im Vollen Anwendungsbereich des § 416 Abs 1 Z 1 S 1 ABGB 6 Bruttomonatsmieten zulässig.

aus dem Titel fälliger Forderungen durch den
Kautionsrückzahlung wieder auf die letztgültige volle Höhe zu

sonstige Forderungen des Vermieters gegen den
Mieter wegen Zinsausfällen betreffend das
Mietverhältnis (einschließlich anteiliger Betriebskosten),
Mietgegenstandes, Entfernung oder Vernichtung
des Hauses, jeweils durch den Mieter oder seine

Vermieters für eine ordnungsgemäße Rückgabe

Beschädigung am Mietobjekt besteht – unverzüglich

bestehen, wird die Rückzahlung der Kautionsrückzahlung erst
nach Behebung der Kosten der Behebung dieser Beschädigung

/ÜBERNAHME

übernimmt die Mieterin das, im Punkt 1., genannte Mietobjekt.

Die Vertragsparteien ein Übergabeprotokoll samt
Zustand des Mietobjekts bei Übergabe festhalten

Z DES MIETGEGENSTANDES

und die für den Mietgegenstand bestimmten
Lichtleitungs-, Wasserleitungs-, Beheizungs-
anlagen) und sanitären Anlagen sowie die
den pfleglich und schonend zu behandeln. Die
trotz jedes Schadens der dem Vermieter aus
dem durch ihn und seine Leute § 1111 ABGB)
nicht ein Verschulden trifft. Alle derartigen Schäden
sind innerhalb eines Monats zu beheben.

6.2:

Die Mieterin hat allfällige Schäden am Mietobjekt, den allgemeinen Einrichtungen ohne Verzug der nicht umgehender Anzeige entstanden sind, hat den Schaden geringer gehalten hätte und ihn an

Die Mieterin ist verpflichtet, den Mietgegenstand, die Einrichtungen, wie im besonderen die (einschließlich von zentralen Wärmeversorgung und, soweit es sich nicht um die Behebung erheblichen Gesundheitsgefährdung des Haus Heiztherme und des mitvermieteten Wasserboilers) Vermieter und den anderen Mietern des Hauses

Insbesondere hat die Mieterin die mitvermieteten Wasserboiler regelmäßig durch hierzu befugte Personen lassen und dem Vermieter die Wartung nach Intervall von mindestens 12 Monaten vorzunehmen

6.3:

Den Vermieter trifft keine über § 3 MRG hinaus

6.4:

Die Verlegung zusätzlicher Energie- und N... Einrichtungen im Inneren des Mietgegenstandes ist, sofern solche Installationen nicht vom Vermieter Zustimmung des Vermieters statthaft.

Leitungen sind von Fachleuten, unter Beachtung der Vorschriften verlegen

6.5:

Dem Mieter ist es ausdrücklich untersagt, Geräte, die dem jeweiligen Zeitpunkt gültigen Sicherheitsvorschriften

Insbesondere dürfen Strom-, Heiz-, Kühl- und andere Anlagen, welche nicht den österreichischen Sicherheitsvorschriften

7. BENÜTZUNG DES

7.1:

Die Vornahme aller baulichen Veränderungen oder es sich nicht um bloß geringfügige, die Interessen (äußeres Erscheinungsbild des Hauses) oder andere Änderungen handelt - bedarf der vorherigen Zustimmung

Die Mieterin verpflichtet sich, beabsichtigte Veränderungen rechtzeitig anzuzeigen. Die Anzeige hat Art und Umfang der Veränderungen zu enthalten, die die Veränderungen von behördlich befugten Gewerbsleuten geplant

Die Zustimmung des Vermieters zu diesen baulichen Veränderungen des Vermieters für etwaige, aus den baulichen Veränderungen

terin außerhalb des Mietobjektes insbesondere der Firmmentafeln anbringen, sowie im Einzelfall dies dem Mieter gestattet.

Vermieters gestattet.

en Versorgungseinrichtungen wie Heizung, terin nicht berechtigt, Schadenersatzansprüche mindest grobes Verschulden an der Störung.

ie Benützung anderer Teile des Hauses keinen e Benützung der Hof- oder Gangflächen, auch Material jeder Art. Er nimmt zur Kenntnis, dass behndet werden wird.

stört, ist er berechtigt, seine Ansprüche gegen zusetzen.

insbesondere Personen, die im Mietgegenstand müssen, wie z.B. Rauchfangkehrer oder andere wichtigem Grund (soweit dies im Interesse der en Aufsicht erforderlich ist sowie im Falle der ressenten sowie im Falle des Verkaufes der enten) gegen Voranmeldung betreten.
zur Voranmeldung.

erpflichtungen nicht auf eigene Kosten nach, so s. 2 MRG berechtigt, die notwendigen Arbeiten nisten seiner Wahl zu branchenüblichen Preisen

a Gemeinschaftseinrichtungen und der Ersatz ischer oder sonst günstiger erscheinen, ist dem lungen an energietechnischen Anlagen.

eder Art im Mietobjekt und in den allgemeinen Einrichtung von Werkstätten, der Einsatz von und anderen haushaltsfremden Gerätschaften, derer Art (insbesondere Geruch und Dämpfe) von gefährlichen Gegenständen wie feuer- oder

MIETGEGENSTANDES

pflichtet, dem Vermieter den Mietgegenstand in nützung – guten Zustand zurückzugeben.

8.2:

Im Falle verspäteter Übergabe schuldet die Mieterin den Mietzins zum Ausmaß des zuletzt geschuldeten Mietzinses bis zum Monatsletzten.

9. WEITERGABE/UNTERVERMIETUNG

Die Mieterin ist – vorbehaltlich des § 11 MVR – von der Untervermietung oder anderweitig in Bezugnahme auf den Mietgegenstandes ist unwirksam und unstatthaft.

**10. VEREINBARE KÜNDIGUNG
VERTRAGS****10.1:**

Neben den im Gesetz vorgesehenen Kündigungen seitens des Vermieters gem. § 30 Abs. 2 Z 13 MVR hat die Mieterin den Mietvertrag aufkündigen.

10.2:

Dessen unbeschadet steht dem Vermieter jede Bestimmung des § 1118 ABGB fristlos aufzuheben.

11. SCHLÜSSEL

Der Vermieter übergibt dem Mieter anlässlich der Schlüsselübergabe die weitere Schlüssel hat die Mieterin auf eigene Kosten zu ersetzen.

Hochwolkersdorf, am

Bürgermeister

Rundsieger

Gemeinderat

eterin dem Vermieter ein Benützungsentgelt im
s zu dem, der tatsächlichen Übergabe folgenden

INTERVERMIETUNG

MRG – nicht berechtigt, den Mietgegenstand
bestand zu geben. Jede Weitergabe des
aft.

KÜNDIGUNGSGRÜNDE UND AUFLÖSUNG

gsgründen wird als wichtiger Kündigungsgrund
MRG vereinbart, dass im Falle eines Verkaufes
ndigen kann.

erzeit das Recht zu, den Mietvertrag im Sinne der
lösen.

SCHLÜSSEL

des Vertragsabschlusses einen Satz Schlüssel,
kosten herzustellen.

Geschäftsführende Gemeinderat

el

Gemeinderat

Ohne Zustimmung des Vermieters darf die Mieterin keine Lichtreklamen, Steckschilder, Namens- oder andere Zeichen anbringen, wenn nicht eine ausdrückliche gesetzliche Vorschrift entgegensteht.

7.2:

Jegliche Tierhaltung ist nur mit Bewilligung des Vermieters zulässig.

7.3:

Aus der zeitweiligen Störung der zentralen Heizungsanlage, Warmwasser, Wasser, Aufzüge etc. ist die Mieterin zu entschädigen, es sei denn, den Vermieter trifft zur Störung keine Haftung.

7.4:

Die Mieterin nimmt zur Kenntnis, dass er auf die Haftung für die Störung keinen Anspruch hat, insbesondere auch nicht auf die Haftung für die Störung, die nicht zum Abstellen von Gegenständen oder Maschinen führt. Eine solche Vorgangsweise als Besitzstörung gegenüber dem Vermieter ist nicht zulässig.

7.5:

Wird die Mieterin im Genuss der Mietrechte gehindert, so ist der Störer selbst unmittelbar klagsweise durchzusetzen.

7.6:

Der Vermieter oder ein von ihm Beauftragter (z.B. Handwerker) können den Mietgegenstand aus der Hand der Mieterin zur Erhaltung oder der Ausübung der notwendigen Rechte zur Aufkündigung zur Besichtigung mit Mietinteresse, zur Besichtigung mit Kaufinteresse oder zur Besichtigung mit Verkaufsinteresse. Bei Gefahr in Verzug entfällt die Verpflichtung zur Besichtigung.

7.7:

Kommt die Mieterin ihren oben dargestellten Verpflichtungen nicht nach, ist der Vermieter unter Einhaltung des § 8 Abs. 1 Nr. 1 S. 1 auf Kosten des Mieters durch befugte Professionisten und Stundensätzen durchführen zu lassen.

7.8:

Die Ausschaltung oder Beeinträchtigung von elektrischen Anlagen oder solcher Einrichtungen, die dem Mieter ökonomisch dienen, ist dem Mieter verboten. Dies gilt insbesondere für Änderungen an der elektrischen Anlage.

7.9:

Untersagt ist das Abstellen von Fahrzeugen je nach Art und Weise der Abstellung auf Teilen des Hauses und der Liegenschaft, die die Mieterin zu dem Zweck der Abstellung von Maschinen, insbesondere Werkzeugmaschinen, oder anderen Maschinen, die ungebührlichen Lärm oder Emissionen an der Liegenschaft erzeugen. Verboten ist auch die Einlagerung von explosionsgefährlichen Stoffen.

8. RÜCKGABE DES MIETGEGENSTANDS

8.1:

Nach Ablauf der Mietzeit ist die Mieterin verpflichtet, den Mietgegenstand – unter Berücksichtigung der gewöhnlichen Abnutzung – an den Vermieter zurückzugeben.

ekt, an den allgemeinen Teilen des Hauses und
m Vermieter zu melden. Für Schäden, die infolge
ftet die Mieterin, sofern eine rechtzeitige Anzeige
n der verspäteten Anzeige ein Verschulden trifft.

nd und die für den Mietgegenstand bestimmten
Lichtleitungs-, Wasserleitungs-, Beheizungs-
gsanlagen) und sanitären Anlagen so zu warten
von ernstesten Schäden, die Beseitigung einer
uses oder die Erhaltung der mitvermieteten
boilers handelt, so instandzuhalten, dass dem
s kein Nachteil erwächst.

mietete Heiztherme und den mitvermieteten
Fachleute im erforderlichen Umfang warten zu
chzuweisen. Eine regelmäßige Wartung ist im
nmen.

sgehende Erhaltungspflicht.

achrichtenleitungen und anderer technischer
s und auch in den allgemeinen Teilen des Hauses
Gesetz ausdrücklich erlaubt sind, nur mit

ung bestehender Installationen, unter Putz zu

te aller Art zu installieren, welche nicht den zum
chriften entsprechen.

d Lüftungsgeräte nicht angeschlossen werden,
standards entsprechen.

MIETGEGENSTANDES

des Mietgegenstandes durch den Mieter – sofern
sen des Vermieters (insbesondere Substanz und
ndere Hausbewohner nicht negativ berührende
ustimmung des Vermieters gem. § 9 MRG.

ränderungen am Mietgegenstand dem Vermieter
d Umfang der Veränderung sowie eine Liste der
ngen vornehmen sollen. Die Arbeiten dürfen nur
nt und durchgeführt werden.

ulichen Veränderungen begründet keine Haftung
Veränderungen resultierenden, Schäden.

Bei berechtigter Inanspruchnahme der Kautionsumlage durch den Vermieter, ist die Mieterin verpflichtet, die Kautionsumlage zu ergänzen.

4.4 Verwendungszweck:

Die Kautionsumlage dient zur Sicherstellung für sämtliche Mieter aus dem Mietverhältnis, insbesondere für die gegenständliche Mietobjekte, welcher Art auch immer, gegen Abnutzung, Beschädigung, Devastierung des Mietobjektes, von Inventar und Beschädigung anderer Teile des Gebäudes durch die Leute gem. § 1111 ABGB.

Die Kautionsumlage gilt daher auch zur Absicherung des Mietgegenstandes nach Ablauf der Mietzeit.

4.5 Zurückstellung:

Die Zurückstellung wird – sofern keine Beschädigung vorliegt – nach Rückstellung des Mietobjektes fällig.

Sollten hingegen Schäden am Bestandsobjekt bestehen, so ist die Zurückstellung nach einer angemessenen Frist zur Feststellung der Schäden fällig.

5. ÜBERGABE

5.1:

Mit Abschluss dieses Mietvertrages mietet die Mieterin das Objekt.

5.2:

Anlässlich der Übergabe werden die Verträge, die Fotodokumentation errichten, in dem sie den Zustand des Objektes feststellen werden.

6. ERHALTUNG UND SCHUTZ

6.1:

Die Mieterin ist verpflichtet, den Mietgegenstand in gutem Zustand zu erhalten. Einrichtungen, wie im besonderen die Heizungsanlage (einschließlich von zentralen Wärmeversorgungsanlagen), Gemeinschaftlichen Einrichtungen und Anlagen. Die Mieterin verpflichtet sich ferner zum Ersatz von Schäden, die durch unsachgemäße Behandlung des Mietobjektes entstehen, sofern den Mieter und/oder seine Leute die Schuld daran sind bei Gefahr in Verzug sofort, ansonsten je nach

schluss der Erneuerung oder der Änderung von
des Hauses gegen Glasbruch und Sturmschaden
lle der Zustimmung der Mehrheit der Mieter –
rungsprämien auf die Mieter als Betriebskosten

ante der Vermieter diese Prämien nicht im Wege
lle eines Schadenseintritts die Reparaturkosten
/wege einer Mietzinserhöhung gem. § 18ff MRG

die Betriebskosten, öffentliche Abgaben sowie
Versicherung monatliche Pauschalbeträge in
he Verrechnung, entrichtet werden.

ist im Voraus monatlich, jeweils zum 5. eines
s verpflichtet sich die Mieterin, dem Vermieter
gkeitstag ebenso zu vergüten, wie notwendig

amt allem Anhang im Bankeinzugsverfahren zu
ligen mündlichen und schriftlichen Erklärungen
ng des Einzugsverfahrens abzugeben.

enüber dem Vermieter allenfalls bestehende
n Betriebskosten oder sonstigen, dem Vermieter
es sei denn, die Gegenforderung steht in
hkeit des Mieters, ist gerichtlich festgestellt oder

UTION

schluss dieses Mietvertrages als Kautions einen

nach seiner Wahl dieses Bargeld entweder auf
o in Form eines Anderkontos veranlagern, wobei
punkt der Veranlagung und im Hinblick auf die,
ranchenübliche Zinsen zu bieten hat.

ermieter dem Mieter nach Rückstellung des
n und abzüglich Veranlagungskosten, ausfolgen.

bereich des MRG Kautionen in Höhe von bis zu

2.2:

Das Mietverhältnis kann vom Mieter unter Einhalt der letzten Tag eines jeden Monats aufgekündigt werden.

2.3:

Betreffend die Aufhebung des Mietvertrages gemäß ABGB.

3. MIE

Der vereinbarte Mietzins errechnet sich aus:

3.1:

Dem gem. § 16 Abs. 7 MRG um 25% Richtwertmietzins, das sind **EUR 382,74**. Der Mietzins beträgt (EUR 6,85 x 74,5 m² =) EUR 510,33.

3.2:

Dem Anteil an den Betriebskosten und öffentlichen Nutzflächenschlüssel für diesen Mietgegenstand. Die Küchenfläche, gesamt sohin **26,5 %** beträgt.

3.3:

Dem Anteil für besondere Aufwendungen (insbesondere Gemeinschaftsheizung/Zentralheizung, etc.) gemäß Vertrag.

3.4:

Der jeweiligen gesetzlichen Umsatzsteuer und anderen dergleichen, die in Zukunft für Mietzinse und Betriebskosten.

3.5:

Die Mieterin nimmt ausdrücklich zur Kenntnis, dass das Objekt, insbesondere der Ruhelage der vereinbarten zum gesetzlichen Richtwert beinhaltet.

3.6:

Der Richtwertmietzins erhöht sich in jenem Maße, in dem der jährlich verordnete Richtwert ansteigt.

3.7:

Die Mieterin ist im Sinne einer gerechten Ausnutzung im Betrieb der vorhandenen Gemeinschaftseinrichtungen.

³ **ACHTUNG:** Mietverträge, die nach Ablauf der Frist für die Entgegennahme des Mietzinses – nicht aufgelöst werden – erneuert (§ 29 Abs. 3 MRG). Es muss daher spätestens unmissverständlich zum Ausdruck gebracht werden, dass zu empfehlen, schon einige Monate vor Fristende die Mieterin zu kommunizieren.

zu TOP 12)

VERTRAG

en

02 Hochwolkersdorf, Hofgasse 3

ts und

wolkersdorf, Dorfstraße 3

erseits wie folgt:

GENSTAND

n 2802 Hochwolkersdorf gelegen, konkret an der

ngsbezeichnung „**Top (4)**“. Es handelt sich dabei

wobei die Wohnung eine Nutzfläche von (64 m²)

meinschaftsküche im Ausmaß von 21 m². Zumal
wird der halbe Flächenanteil (10,5 m²) in die
net.

aher 74,5 m².

erwendet werden. Unter Wohnzwecke sind auch
die üblicherweise auch in Wohnungen ausgeübt

TERMINDAUER

d wird auf exakt 3 Jahre geschlossen. Es endet
rkte, am 31.12.2027.

h unbegrenzt und beliebig oft verlängert werden.
s 3 Jahre zu erfolgen. Diese Vereinbarung ist zu
endet. „Schriftlich“ bedeutet in Papierform und

8.2:

Im Falle verspäteter Übergabe schuldet die Mieterin den Mietzins im
Ausmaß des zuletzt geschuldeten Mietzinses bis zum
Monatsletzten.

9. WEITERGABE/UNTERTUN

Die Mieterin ist – vorbehaltlich des § 11 MVR – nicht befugt, das Miet-
objekt unterzuvermieten oder anderweitig in Bezug zu nehmen. Eine
Mietgegenstandes ist unwirksam und unstatthaft.

10. VEREINBARTE KÜNDIGUNG UND AUFLÖSUNG

10.1:

Neben den im Gesetz vorgesehenen Kündigungsrechten steht der
Mieterin seitens des Vermieters gem. § 30 Abs. 2 Z 13 MVR das Recht
des Hauses die Mieterin den Mietvertrag aufzukündigen.

10.2:

Dessen unbeschadet steht dem Vermieter jeder andere aus dem Miet-
vertrag resultierende Anspruch auf Erfüllung der Bestimmungen des § 1118 ABGB fristlos aufzulösen.

11. SCHLÜSSELÜBERGABE

Der Vermieter übergibt dem Mieter anlässlich der Vertragsunterzeichnung
weitere Schlüssel hat die Mieterin auf eigene Kosten zu übernehmen.

Hochwolkersdorf, am

Bürgermeister

Rundsieger

Gemeinderat

eterin außerhalb des Mietobjektes insbesondere
oder Firmementafeln anbringen, sowie im Einzelfall
dies dem Mieter gestattet.

s Vermieters gestattet.

len Versorgungseinrichtungen wie Heizung,
eterin nicht berechtigt, Schadenersatzansprüche
mindest grobes Verschulden an der Störung.

die Benützung anderer Teile des Hauses keinen
ie Benützung der Hof- oder Gangflächen, auch
Material jeder Art. Er nimmt zur Kenntnis, dass
eahndet werden wird.

estört, ist er berechtigt, seine Ansprüche gegen
anzusetzen.

(insbesondere Personen, die im Mietgegenstand
n müssen, wie z.B. Rauchfangkehrer oder andere
wichtigem Grund (soweit dies im Interesse der
en Aufsicht erforderlich ist sowie im Falle der
ressenten sowie im Falle des Verkaufes der
enten) gegen Voranmeldung betreten.
zur Voranmeldung.

Verpflichtungen nicht auf eigene Kosten nach, so
s. 2 MRG berechtigt, die notwendigen Arbeiten
onisten seiner Wahl zu branchenüblichen Preisen

n Gemeinschaftseinrichtungen und der Ersatz
ischer oder sonst günstiger erscheinen, ist dem
nderungen an energietechnischen Anlagen.

eder Art im Mietobjekt und in den allgemeinen
Einrichtung von Werkstätten, der Einsatz von
und anderen haushaltsfremden Gerätschaften,
nderer Art (insbesondere Geruch und Dämpfe)
von gefährlichen Gegenständen wie feuer- oder

MIETGEGENSTANDES

pflichtet, dem Vermieter den Mietgegenstand in
nützung – guten Zustand zurückzugeben.

6.2:

Die Mieterin hat allfällige Schäden am Mietobjekt an den allgemeinen Einrichtungen ohne Verzug dem Vermieter mit nicht umgehender Anzeige entstanden sind, haftet, wenn der Schaden geringer gehalten hätte und ihn an

Die Mieterin ist verpflichtet, den Mietgegenstand in gutem Zustand zu erhalten, wie im besonderen die Leuchte (einschließlich von zentralen Wärmeversorgung) zu reparieren und, soweit es sich nicht um die Behebung einer erheblichen Gesundheitsgefährdung des Hausanwohners, der Heiztherme und des mitvermieteten Wasserboilers handelt, dem Vermieter und den anderen Mietern des Hauses

Insbesondere hat die Mieterin die mitvermieteten Wasserboiler regelmäßig durch hierzu befugte Personen warten lassen und dem Vermieter die Wartung nach einem Intervall von mindestens 12 Monaten vorzunehmen

6.3:

Den Vermieter trifft keine über § 3 MRG hinausgehende

6.4:

Die Verlegung zusätzlicher Energie- und Nachrichten-Einrichtungen im Inneren des Mietgegenstandes ist, sofern solche Installationen nicht vom Vermieter mit Zustimmung des Vermieters statthaft.

Leitungen sind von Fachleuten, unter Beachtung der Vorschriften, zu verlegen

6.5:

Dem Mieter ist es ausdrücklich untersagt, Geräte oder Anlagen, die dem jeweiligen Zeitpunkt gültigen Sicherheitsvorschriften

Insbesondere dürfen Strom-, Heiz-, Kühl- und andere Anlagen, welche nicht den österreichischen Sicherheitsstandards

7. BENÜTZUNG DES MIETGEGENSTANDES

7.1:

Die Vornahme aller baulichen Veränderungen des Mietobjektes, es sich nicht um bloß geringfügige, die Interessen des Vermieters (äußeres Erscheinungsbild des Hauses) oder andere Mieter betreffende Änderungen handelt - bedarf der vorherigen Zustimmung

Die Mieterin verpflichtet sich, beabsichtigte Veränderungen rechtzeitig anzuzeigen. Die Anzeige hat Art und Umfang der Veränderung, die Gewerksleute zu enthalten, die die Veränderung von behördlich befugten Gewerksleuten geplant

Die Zustimmung des Vermieters zu diesen baulichen Veränderungen des Mietobjektes für etwaige, aus den baulichen

n aus dem Titel fälliger Forderungen durch den
Kautions wieder auf die letztgültige volle Höhe zu

entliche Forderungen des Vermieters gegen den
Mieter wegen Zinsausfällen betreffend das
Mietverhältnis (einschließlich anteiliger Betriebskosten),
Beschädigung des Mietgegenstandes, Entfernung oder Vernichtung
des Hauses, jeweils durch den Mieter oder seine
Mitmieter für eine ordnungsgemäße Rückgabe

Beschädigung am Mietobjekt besteht – unverzüglich

bestehen, wird die Rückzahlung der Kautions erst
nach Behebung der Kosten der Behebung dieser Beschädigung

/ÜBERNAHME

übernimmt die Mieterin das, im Punkt 1., genannte Mietobjekt.

Die Vertragsparteien ein Übergabeprotokoll samt
des Zustands des Mietobjekts bei Übergabe festhalten

Z DES MIETGEGENSTANDES

und die für den Mietgegenstand bestimmten
(Lichtleitungs-, Wasserleitungs-, Beheizungs-
anlagen) und sanitären Anlagen sowie die
den pfleglich und schonend zu behandeln. Die
Verpflichtung jedes Schadens der dem Vermieter aus
dem durch ihn und seine Leute § 1111 ABGB)
entsteht ein Verschulden trifft. Alle derartigen Schäden
sind innerhalb eines Monats zu beheben.

3.8:

Die Mieterin ist ausdrücklich mit dem Abschließen von Versicherungsverträgen über die angemessene Versicherung des Mietgegenstandes einverstanden, sodass der Vermieter – im Falle eines Schadens – berechtigt ist, die hierfür anfallenden Versicherungskosten zu überwälzen.

Ohne Zustimmung der Mehrheit der Mieter können die Kosten der Betriebskosten überwälzen, sondern im Falle eines Schadens nur aus der Hauptzinsmietreserve oder im Falle eines Schadens abdecken.

3.9:

Die Mieterin ist damit einverstanden, dass die Kosten der Zuschläge für Aufzug, Zentralheizung und Wasser bei gleichbleibender Höhe, gegen einmalige jährliche

3.10:

Der vereinbarte Mietzins samt allem Anhang ist innerhalb eines Monats zu entrichten. Im Falle eines Verzuges sind Verzugszinsen in gesetzlicher Höhe ab Fälligkeit zu zahlen, sowie gewordene Mahnspesen.

3.11:

Die Mieterin erklärt sich bereit, den Mietzins samt allem Anhang zu begleichen und verpflichtet sich, die notwendigen Voraussetzungen gegenüber den Kreditinstituten zur Durchführung

3.12:

Es wird vereinbart, dass die Mieterin gegen die Erfüllung der Gegenforderungen nicht mit dem Mietzins, den die Mieterin zustehenden, Ansprüchen aufrechnen darf, sondern im rechtlichen Zusammenhang mit der Verbindlichkeit der Mieterin ist vom Vermieter anerkannt.

4. KA**4.1 Höhe:**

Die Mieterin übergibt dem Vermieter bei Abschluss der Kautions Geldbetrag von EUR (0 „null“). ²

4.2 Veranlagung und Verzinsung:

Im Falle einer Barkaution wird der Vermieter verpflichtet, die Kautions dem Mieter in einem Sparbuch oder Sparkonto/Festgeldkonto zu veranlagern, das Sparbuch bzw. das Anderkonto zum Zeitpunkt der Kautions angesichts der Mietdauer mögliche, Bindung bei

Vorbehaltlich Gegenforderungen wird der Vermieter verpflichtet, die Kautions dem Mieter in einem Sparbuch bzw. das Anderkonto zum Zeitpunkt der Kautions angesichts der Mietdauer mögliche, Bindung bei

4.3 Ergänzungspflicht:

² Gemäß der Rechtsprechung des OGH sind im Vollenwendungen 6 Bruttomonatsmieten zulässig.

haltung einer einmonatigen Kündigungsfrist auf
igt werden.¹

elten die Bestimmungen der §§ 1117 und 1118

ETZINS

für die Dauer der Befristung reduzierten
er Richtwertmietzins ohne Befristungsabschlag

ffentlichen Abgaben, der entsprechend dem
d derzeit 20% für Top 4 und 6,5 % für die „halbe“

besondere Gemeinschaftseinrichtungen aller Art,
emäß obigem Prozentsatz.

nd allfälligen anderen Steuern, Gebühren und
Betriebskosten zu entrichten sind.

nis, dass aufgrund der besonderen Lage des
reinbarte Richtwertmietzins einen Lagezuschlag

ße, in dem der vom Bundesministerium für Justiz

ufteilung auflaufender Kosten verpflichtet, am
tungen teilzunehmen.

vereinbarten Dauer – etwa durch widerspruchslose
rden, gelten als stillschweigend auf unbestimmte Zeit
ens binnen 14 Tagen nach Ablauf eines Mietvertrages
, dass keine Verlängerung gewünscht wird. Es ist aber
es schriftlich und nachweislich gegenüber dem Mieter

MIETVERTRAG

abgeschlossen am untenstehenden Tag zwischen

1. Inna STEPCHENKO, geb. 17.03.1971, 2802

im Folgenden kurz **Mieterin** genannt, einerseits

2. Gemeinde Hochwolkersdorf, 2802 Hochw

im Folgenden kurz **Vermieter** genannt, andere

1. MIETGEGENSTAND

1.1 Beschreibung des Mietgegenstandes:

Der Mietgegenstand ist im Gemeindegebiet von
Adresse Hofgasse 3.

Der Mietgegenstand trägt die Tür- bzw. Wohnung
um

/a eine Wohnung in einem Mehrparteienhaus, w
aufweist, sowie

b/ eine für die Hausbewohner zugängliche Gen
insgesamt 2 Parteien diese Küche nützen, w
Nutzfläche des Mietgegenstands miteingerechn

Die Nutzfläche des Mietgegenstands beträgt da

1.2 Verwendung:

Der Mietgegenstand darf zu Wohnzwecken ver
solche der beruflichen Tätigkeit zu verstehen, e
werden können.

2. MIETVERHÄLTNISS

2.1

Das Mietverhältnis beginnt am 01.01.2025 und
daher, ohne dass es einer Aufkündigung bedür

Das Mietverhältnis kann einvernehmlich, zeitlich
Die Verlängerung hat schriftlich für mindestens
schließen, bevor das befristete Mietverhältnis
mit originalen Unterschriften abschließen.

Hochwolkersdorf, 05.11.2024

KEITSANTRAG

gsbeginn des Gemeinderates, folgender

nt über die Sitzung des Prüfungsausschusses vom

nde für die Gemeinderatsitzung vom 06.11.2024 stand der
ssitzung noch nicht fest. Aus diesem Grund soll der
ntrags aufgenommen werden.

den Sachverhalt in die Tagesordnung aufnehmen.

hkeitsantrag wird

zuerkannt und als TOP 4 in die Sitzung
en.

hkeitsantrag wird KEINE

zuerkannt. Keine Aufnahme in die
g.

Beilage 2 zu TOP 13)

An die
Vorsitzende des Musikschulbeirates
Landeshauptfrau Mag. Johanna Mikl-Leitner
Landhausplatz 1
3109 St. Pölten

Ihr Zeichen

Unser Zeichen
MH

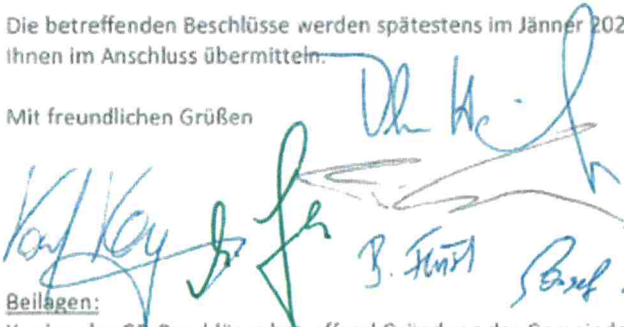
**Zusammenschluss des Gemeindeverbandes der Musik- und
Bucklige Welt mit den Gemeindeverbänden Musikschule
und Musikschule Bucklige Welt-Süd**

Die Gemeinde Bad Schönau und die Stadtgemeinde Kirchschlag
des Gemeindeverbandes der Musik- und Kunstschule Bucklige
schlossen. Der neu gegründete Gemeindeverband soll im Jahr
band der Musikschule Bucklige Welt-Mitte und dem Gemeinde
Bucklige Welt-Süd verschmolzen werden. Operativ soll der Gemein
und Kunstschule Bucklige Welt, welcher seinen Sitz in Kirchsch
September 2025 tätig werden. Diesem Gemeindeverband wer
Schönau, Hochneukirchen-Gscheidt, Hochwolkersdorf, Hollent
Krumbach, Lichtenegg, Schwarzenbach und Wiesmath angehör

Wir ersuchen Sie, diesen Umstand für die Novellierung des Mu
2025/2026 zu berücksichtigen.

Die betreffenden Beschlüsse werden spätestens im Jänner 202
Ihnen im Anschluss übermitteln.

Mit freundlichen Grüßen



Beilagen:

Kopien der GR-Beschlüsse betreffend Gründung des Gemeinde
Kunstschule Bucklige Welt

ng nicht zur Kenntnis zu nehmen, weil sie der
eit nicht vorliegt, kann sie, ebenso wie die das
NÖ Gemeindeverbandsgesetz die NÖ Landesregierung
m Falle der Kenntnisnahme durch die
sam, in dem diese erfolgt, im Falle der Anrufung der
dem die Landesregierung eine dem Begehren dieser
ffen hat.

ht anders der Verbandszweck weiterhin erfüllt werden
vermögen an diesen abzutreten, Eigentum zu
Eintritt von Schaden Ersatz zu leisten.

keiten des Gemeindeverbandes zum Zeitpunkt des
des § 16.

18

Gemeindeverbandes

nn die vom Gemeindeverband und den
nahmen erkennen lassen, dass die ordnungsgemäße
nden Aufgaben durch diese gewährleistet ist oder wenn
m übertragenen Aufgaben nicht mehr zu erfüllen vermag
n.

mit dem Wegfall der im § 3 bezeichneten Aufgaben

Gemeindeverbandes und im Rahmen der strukturellen Weisungsberechtigten (z.B. Obmann, Amtsleitung o.ä.). Der Gemeindeverband unterliegt dabei dem Aufsicht gemäß § 3 Abs. 2 NÖ Personalüberlassungsgesetz.

- (4) Die gesetzlich verpflichtenden Personalkosten (laut vierteljährlich der überlassenden Gemeinde vom M. Personalmaßnahmen, die mit erhöhten Kosten für o.ä. Einverständnis des Gemeindeverbandes einzuholen.
- (5) Unbeschadet der Absätze 1 bis 4 bleibt es dem Gemeindeverwaltungspersonal zu beschäftigen. Auf das Verwaltungsbestimmungen des NÖ Gemeinde-Vertragsbedienstetenges (Fassung) bzw. des NÖ Gemeinde-Bedienstetenges sinngemäß Anwendung.
- (6) Bei Auflösung des Verbandes kommen die Bestimmungen zur Anwendung.

§ 1

Vermögensrecht

- (1) Bei Auflösung des Gemeindeverbandes gehen die v. eingebrachten Sachwerte (Musikinstrumente, Noten, übrige Vermögen des Gemeindeverbandes ist nach Gemeinden aufzuteilen, wobei die jeweiligen Verhältnisse zugrunde zu legen sind.
- (1a) Die im Schuljahr 2025/2026 in das Verbandsvermögen Schönau und Kirchschatz i.d.B.W. sind mittels Inventur Eröffnungsbilanz zu berücksichtigen.
- (1b) Die im Schuljahr 2025/2026 in das Verbandsvermögen Musikschule Bucklige Welt Mitte und Musikschule dokumentieren und in der Eröffnungsbilanz zu berücksichtigen.
- (2) Die Kosten der Abwicklung sind vor der Aufteilung in die Gemeinden zu berücksichtigen.
- (3) Die Abwicklung ist durch den im Zeitpunkt der Auflösung der Verbandsvorstand bleibt jedenfalls – soweit es die Abwicklung im Amt.

§ 2

Haf

Für Verbindlichkeiten des Gemeindeverbandes haften o.ä. Personen im Ausmaß der Kostenaufteilung gemäß § 11

§ 3

Ausscheiden aus Gründen wi

- (1) Eine verbandsangehörige Gemeinde kann dem Gemeindeverband die Unzumutbarkeit erklären. Diese Erklärung ist eingetrag

betroffenen Dienstnehmerinnen und Dienstnehmer
nehmenden Musikschulverband fortzusetzen.

ihre bis zum Zeitpunkt des Zusammenschlusses
en aus dem Dienstverhältnis zur ungeteilten Hand mit
abfertigungsansprüche („Abfertigung alt“) haften die
n Betrag, der dem fiktiven Abfertigungsanspruch zum
rgang) entspricht. Die Haftung der aufgehenden
Zeitpunkt des Zusammenschlusses (Betriebsübergang)

n die Bestimmungen des NÖ Gemeinde-
er jeweils geltenden Fassung) und des NÖ Gemeinde-
Nr. 15/2024, sinngemäß Anwendung.

auf das Lehrpersonal des Gemeindeverbandes angewendet
n, können im Einzelfall Verträge (z.B. Werkverträge) nach
ssen werden. In diesen Verträgen ist jeweils vorzusehen,
n das Vertragsverhältnis erlischt.

und Abs. 2 richtet sich bei Auflösung des
Ö Gemeinde-Vertragsbedienstetengesetzes 1976 bzw. des
den folgenden Bestimmungen: Im Falle eines
EG des Rates vom 12. März 2001 sind die Regelungen des §
(analog) anzuwenden. Liegt kein Betriebsübergang vor, ist
dem betroffenen Lehrpersonal innerhalb von drei Monaten
andes eine Einigung über die Begründung eines
igung nicht zustande kommt, gilt das zum aufgelösten
aufgelöst.

und Haftungen sind – auch nach Auflösung des
den nach Maßgabe der Quote gemäß § 11 Abs. 3 der

immungen des § 14 Abs. 1 bis Abs. 4 der Satzung

14

gspersonal

stete einer oder mehrerer verbandsangehöriger
alüberlassung sind die Bestimmungen des NÖ
renden.

er und dem Gemeindeverband eine vertragliche
sbesondere zu regeln:

berlassung

namens des Gemeindeverbandes und das maßgebliche
er NÖ Gemeindeordnung 1973 zuständig.

rd die Diensthoheit weiterhin von der überlassenden
Dauer der Überlassung den Organen des

- (2) Der Ermittlung der Höhe des im Wege der Vorauszahlung von den Gemeinden zu leistenden Betrages ist der Voranschlag vom 1. Oktober des seiner Geltung vorausgehenden Jahres zugrunde zu legen.

Dieser Betrag ist auf die einzelnen verbandsangehörigen Gemeinden nach Abs. 3 aufzuteilen, wobei die Stundenaufteilung der Voranschlagsbeschlussfassung laufenden Schuljahres zugrunde zu legen.

- (3) Kommt eine verbandsangehörige Gemeinde ihrer Verpflichtung nach den Bestimmungen des § 11 Abs. 5 sinngemäß anzuwenden.

§ 11

Lehrpersonen

- (1) Die im Schuljahr 2024/2025 in einem unbefristeten Dienstverhältnis (Musikschullehrer) der Gemeinde Kirchschlag mit Pöchlarn im Zusammenschluss bedingten Betriebsüberganges in die Musik- und Kunstschule Bucklige Welt“ mit allen bisherigen Beschäftigungsausmaß etc.) übernommen.

- (1a) Die im Schuljahr 2024/2025 in einem unbefristeten Dienstverhältnis (Musikschullehrer) der Gemeinde Kirchschlag mit Pöchlarn im Zusammenschluss bedingten Betriebsüberganges in die Musik- und Kunstschule Bucklige Welt“ mit allen bisherigen Beschäftigungsausmaß etc.) übernommen.

Die Rechte und Pflichten der aufgehenden Musik- und Kunstschule Bucklige Welt Süd“ als bisherige Dienstgeber ihres Lehrpersonals nach dem Bundesgesetz über das Verbandsbedienstetengesetz 1976 (GVBG), LGBL. 2/1976, in der Fassung der operativen Tätigkeit (01.09.2025) der aufgehenden Musik- und Kunstschule Bucklige Welt Süd“

- (1b) Soweit in den übergehenden Dienstverhältnissen der übergegangenen Rechte und Pflichten von je einem Lehrpersonals abgewichen wird, gelten diese für die Musik- und Kunstschule Bucklige Welt Süd“ in der Fassung der operativen Tätigkeit (01.09.2025) der aufgehenden Musik- und Kunstschule Bucklige Welt Süd“

- (1c) Die Betrauung der bisherigen Leitung der Musik- und Kunstschule Bucklige Welt Süd“
- unbeschadet einer dienstrechtlich zulässigen spätere auch nach dem Zusammenschluss mit den aufgehenden Musik- und Kunstschule Bucklige Welt Süd“
- ein Funktionsdienstposten der Stellvertretung der Musik- und Kunstschule Bucklige Welt Süd“
- Hinsichtlich der Entlohnung der bisherigen Leitung der Musik- und Kunstschule Bucklige Welt Süd“ zur Anwendung gebracht.

- (1d) Die aufgehenden Musikschulverbände geben bei der Übertragung der Musik- und Kunstschule Bucklige Welt Süd“ den Zeitpunkt und Grund des Betriebsüberganges der Musik- und Kunstschule Bucklige Welt Süd“ mindestens einen Monat vor.

ausschuss

Gemeindeverbandes, ob diese wirtschaftlich, den Gesetzen und sonstigen Vorschriften entspricht muss zu bestellen.

ern. Mitglieder des Verbandsvorstandes dürfen nicht es bestellt werden.

h (Semester) vorzunehmen. Das Ergebnis ist in einem nlässlich der Beschlussfassung über den

11

nersätze

des sind zunächst die Einnahmen (Elternbeiträge, orkung seiner Aufgaben zufließen. Der durch diese abe der folgenden Bestimmungen von den 7 Abs. 2 NÖ Gemeindeverbandsgesetz).

Grund des Rechnungsabschlusses zu ermitteln. Der n, dass er bis spätestens 30. April des dem örde vorgelegt werden kann.

die verbandsangehörigen Gemeinden erfolgt nach dem örigen Gemeinden während des im abgelaufenen on den Lehrern abgehaltenen Unterrichtseinheiten. Eine n bis zu 50 Minuten, in der wenigstens einem Schüler

durch eigene Einnahmen des Gemeindeverbandes und t gedeckten Aufwand binnen acht Wochen nach zu ersetzen.

Verpflichtung gemäß Abs. 4 nicht nach, ist sie vom die vier Wochen nicht übersteigen darf, aufzufordern, die t der Verbandsvorstand bei der Aufsichtsbehörde zu r in Verzug geratenen verbandsangehörigen Gemeinde n einer gemäß § 17 Abs. 4 NÖ Gemeindeverbandsgesetz

12

rauszahlungen

verbandsangehörigen Gemeinden Vorauszahlungen in und am 5. April und 5. Juli jeweils ein Viertel.

5. Aufnahme ständiger Bediensteter des Gemein-
Dienstverhältnisses solcher Bediensteter, insb
 6. Abschluss von Rechtsgeschäften, durch die si
die höher sind als 5% der Erträge des Ergebnis
 7. Beschlussfassung über Anträge gemäß § 17 Ab
 8. Durchführung der Abwicklung im Falle der Aufl
Gemeindeverbandsgesetz.
- (8) Zu einem gültigen Beschluss des Vorstandes
und die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimm

§

Verbands

- (1) Der Verbandsobmann und seine Stellvertreter sind
Gemeinden in der Verbandsversammlung zu bestel
- (2) Dem Verbandsobmann obliegen:
 1. Die Besorgung aller Aufgaben des Gemeindeve
Verbandsversammlung oder gemäß § 6 Abs. 3
 2. die Angelobung der Mitglieder des Verbandsvo
 3. der Abschluss von Rechtsgeschäften, durch di
verpflichtet, die nicht gemäß § 6 Abs. 3 Z. 6 der
- (3) Der Verbandsobmann ist Vorsitzender der Verband
- (4) Der Verbandsobmann ist im Falle seiner Verhinderu
auch diese verhindert, wird der Verbandsobmann d
Bestimmungen durch das vom Vorstandsvorstand b
Für diesen Fall wird der Vorstandsvorstand von sein

§

Amt des Geme

- (1) Die Geschäfte des Gemeindeverbandes werden dur
- (2) Das Amt ist ein Hilfsorgan des Gemeindeverbandes
Organisation hat der Verbandsobmann zu treffen.

§

Amts

Zum Leiter des Amtes des Gemeindeverbandes wird der
bestellt.

§ 1

Versammlung

der Vertreter der verbandsangehörigen Gemeinden.

et sich nach den gesetzlichen Bestimmungen.

§ 5 NÖ Gemeindeverbandsgesetz), ausgenommen
 indeverbandes sowie des Kostenersatzes (§ 11 der

usscheiden von Gemeinden (§ 20 NÖ
 lösung des Gemeindeverbandes (§ 21 NÖ

annes, der beiden Verbandsobmannstellvertreter und
 es durch Beschluss.

Nachtragsvoranschlag, das Voranschlagsprovisorium,
 lan und die Eröffnungsbilanz.

digungen gemäß § 13 Abs. 1 NÖ

n gemäß § 7 Abs. 2 NÖ Gemeindeverbandsgesetz.

mlung ist die Anwesenheit von zwei Drittel der Mitglieder
 en, bei Beschlüssen gemäß Abs. 3 Z. 1 jedoch die
 n erforderlich.

svorstand

obmann als Vorsitzenden, zwei
 Mitgliedern, die von jenen verbandsangehörigen
 mann oder einen der Stellvertreter stellen. Der Leiter der
 rstandes, der somit 10 Personen umfasst.

ginnt mit der Bestellung seiner Mitglieder und endet mit
 e spätestens innerhalb von sechs Monaten nach jeder

ngskreis der Verbandsversammlung gehörenden

ng der oberbehördlichen Befugnisse.

einer Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde

Satz

"Gemeindever

Musik- und Kunstsc

§

Name und Sitz des G

Der Gemeindeverband führt den Namen "**Gemeindever**
und hat seinen Sitz in Kirchschlag i.d.B.W.

§

Beteiligte G

Dem Gemeindeverband gehören folgende Gemeinden a

1. Bad Schönau
2. Hochneukirchen-Gscheidt
3. Hochwolkersdorf
4. Hollenthon
5. Kirchschlag i.d.B.W.
6. Krumbach
7. Lichtenegg
8. Schwarzenbach
9. Wiesmath

§

Aufgaben des Ger

(1) Aus dem eigenen Wirkungsbereich der verbandsan
die Errichtung, Erhaltung, Verwaltung und die Führu

(2) Unterricht wird in allen beteiligten Gemeinden erte

§

Org

Organe des Gemeindeverbandes sind:

1. die Verbandsversammlung
2. der Verbandsvorstand und
3. der Verbandsobmann (§ 7 Abs. 1 NÖ Gemeindeverb

bzgl. Abschluss der Projekte ASZ u. Bauhof

Betriebsanlagenänderung
enden am 04.11.2024

zung erschöpft.

a die Öffentlichkeit für die weitere Sitzung



tzende

- Fraktion

Für Verbindlichkeiten des Gemeindeverbandes haften die
Personen im Ausmaß der Kostenaufteilung gemäß § 11.

Ausscheiden aus Gründen wirtschaftlicher

- (1) Eine verbandsangehörige Gemeinde kann dem Gemeindeverband die wirtschaftliche Unzumutbarkeit erklären. Diese Erklärung ist eingetragene Gemeindebeschlüsse. Beschließt die Verbandsversammlung, die Erklärung der wirtschaftlichen Unzumutbarkeit ist, dass wirtschaftliche Unzumutbarkeit des Ausscheidens begehrende Gemeinde, gemäß § 18 Nr. 1, die Verbandsversammlung zur Entscheidung anrufen. Das Ausscheiden wird in der Verbandsversammlung mit Ablauf des Jahres wirksam. Die Landesregierung jedoch mit Ablauf des Jahres, in dem die Gemeinde Rechnung tragende Entscheidung getroffen hat.
- (2) Die ausscheidende Gemeinde hat, wenn sonst nicht möglich, erforderlichenfalls ihre Rechte am Gemeindeverband zu übertragen, Dienstbarkeiten einzuräumen und bei Forderungen zu leisten.
- (3) Die Gemeinde haftet jedenfalls für die Verbindlichkeiten des Gemeindeverbandes nach Maßgabe der Bestimmungen des Gemeindeverbandes.

Auflösung des Gemeindeverbandes

- (1) Der Gemeindeverband kann sich nur auflösen, wenn die Verbandsversammlung der verbandsangehörigen Gemeinden getroffenen Maßnahmen zur Besorgung der an die Gemeinde rück zu übertragenen Aufgaben zu besorgen ist, dass der Gemeindeverband die ihm übertragenen Aufgaben und alle ihm angehörigen Gemeinden es verlangen.
- (2) Der Gemeindeverband ist mit Nichterfüllung oder mit Verweigerung der Auflösung aufzulösen.

An der Diskussion beteiligen sich

Antrag:

Der Gemeinderat beschließt die Teilnahme am Gemeindeverband sowie deren Satzung. Weiters wird die verlesene Gemeindeverbandssatzung dem Beschluss zugeführt. Im Voranschlag 2025 und MFP sind die notwendigen finanziellen Mittel für die Teilnahme am Gemeindeverband zu veranschlagen.

er und dem Gemeindeverband eine vertragliche
sbesondere zu regeln:

überlassung

amens des Gemeindeverbandes und das maßgebliche
r NÖ Gemeindeordnung 1973 zuständig.

nd die Diensthoheit weiterhin von der überlassenden
Dauer der Überlassung den Organen des
ellen Einbindung den diensthoheitlichen und fachlichen
(oder Musikschulleitung) gegenüber weisungsgebunden.
chts- und Weisungsrecht der überlassenden Gemeinde

ufende Bezüge, Ruhe- und Versorgungsgenüsse) sind
Musikschulverband zu refundieren. Vor
den Gemeindeverband verbunden sind, ist das
en.

meindeverband vorbehalten, eigenes
waltungspersonal des Gemeindeverbandes finden die
stetengesetzes 1976, LGBL. 2420 (in der jeweiligen
setzes 2025 (NÖ GBedG 2025), LGBL. Nr. 15/2024

mungen des § 13 Abs. 4 und 5 der Satzung sinngemäß

15

ttliche Ansprüche

von den verbandsangehörigen Gemeinden
en etc.) wieder in den Besitz der Einbringer über. Das
h Maßgabe des § 11 Abs. 3 auf die verbandsangehörigen
hältnisse zum Zeitpunkt der Auflösung der Aufteilung

ögen eingebrachten Sachwerte der Gemeinden Bad
entartlisten zu dokumentieren und in der

ögen eingebrachten Sachwerte der Gemeindeverbände
e Bucklige Welt Süd sind mittels Inventarlisten zu
ücksichtigen.

in Abzug zu bringen.

lösung bestehenden Verbandsvorstand durchzuführen.
s sich um Liquidationen handelt – für die Dauer der

eines Monats ab dieser Bekanntgabe können die
erklären, ihr Dienstverhältnis nicht mit dem über

- (1e) Die aufgehenden Musikschulverbände haften für
(Betriebsübergang) entstandenen Verpflichtungen
dem übernehmenden Musikschulverband. Für Ab
aufgehenden Musikschulverbände nur mit jenem
Zeitpunkt des Zusammenschlusses (Betriebsübergang)
Musikschulverbände ist mit fünf Jahren ab dem Z
befristet.
- (2) Auf das Lehrpersonal des Gemeindeverbandes finden
Vertragsbedienstetengesetzes 1976, LGBl. 2420 (in der
Bedienstetengesetzes 2025 (NÖ GBedG 2025), LGBl. N
- (3) Soweit die im Abs. 2 angeführten Vorschriften nicht a
werden können, um den Verbandszweck zu erreichen
den Grundsätzen des bürgerlichen Rechts abgeschloss
dass mit der Auflösung des Gemeindeverbandes auch
- (4) Die Beendigung der Dienstverhältnisse gemäß Abs. 1 u
Gemeindeverbandes nach den Bestimmungen des NÖ
NÖ Gemeinde-Bedienstetengesetzes 2025 und nach d
Betriebsüberganges im Sinne der Richtlinie 2001/23/E
2a GVBG bzw. des § 5 NÖ GBedG 2025 vollinhaltlich (a
zwischen den verbandsangehörigen Gemeinden und d
vor der beabsichtigten Auflösung des Gemeindeverba
Dienstverhältnisses anzustreben. Auch wenn eine Ein
Gemeindeverband bestehende Dienstverhältnis als au
- (5) Alle mit diesen Maßnahmen verbundenen Kosten u
Gemeindeverbandes – von den beteiligten Gemeind
Satzung zu tragen.
- (6) Auf eine (Lehr-)Personalüberlassung sind die Bestir
anzuwenden.

§ 1

Verwaltung

- (1) Dem Gemeindeverband werden Gemeindebedienst
Gemeinden zur Verfügung gestellt. Auf die Personal
Personalüberlassungsgesetzes, LGBl. 2010 anzuwe

ahlungen gemäß Abs. 1 von allen verbandsangehörigen
schlag des Gemeindeverbandes, der bis längstens 20.
es von der Verbandsversammlung zu beschließen ist,

örigen Gemeinden in sinngemäßer Anwendung des § 11
es während des Zeitpunktes der
jahres heranzuziehen ist.

Verpflichtung gemäß Abs. 1 nicht nach, sind die
enden.

13

personal

n Dienstverhältnis stehenden Vertragsbediensteten
Filiale Bad Schönau werden im Rahmen des durch den
s in den Personalstand des Gemeindeverbandes „Musik-
en Rechten und Pflichten (Beschäftigungsdauer,

teten Dienstverhältnis stehenden
Gemeindeverbände Musikschule Bucklige Welt
den im Rahmen des durch den Zusammenschluss
lstand des Gemeindeverbandes „Musik- und
en Rechten und Pflichten (Beschäftigungsdauer,

kschulverbände „Bucklige Welt Mitte“ und „Bucklige
ersonals gehen gemäß § 2a Abs. 1 NÖ Gemeinde-
2420, im Zeitpunkt des Beginns der gemeinsamen
len Verbände mit dem übernehmenden
e Bucklige Welt" über (Betriebsübergang).

n zum aufgehenden Musikschulverband hinsichtlich
enen des GVBG zum Vorteil des betroffenen
r die Bediensteten günstigeren Regelungen als
G. Von diesen Regelungen kann im Einvernehmen mit
ahmen des gesetzlich Zulässigen – frühestens nach
usammenschlusses (Betriebsübergang) abgegangen

schule des übernehmenden Musikschulverbands
e Bucklige Welt" (§ 46e Abs. 8 GVBG) bleibt –
äteren Abberufung und Neuausschreibung der Stelle –
henden Musikschulverbänden aufrecht. Für die
e soll ab dem Zusammenschluss (Betriebsübergang)
er Leitung im Dienstpostenplan vorgesehen werden.
ng der aufgehenden Musikschulverbände wird Abs.2

troffenen Dienstnehmerinnen und Dienstnehmern
es sowie den Namen des übernehmenden
vor dem beabsichtigten Übergang bekannt. Binnen

Prüfungsausschuss

- (1) Zur Überwachung der gesamten Gebarung des Gemeindeverbandes und sparsam geführt wird, ob sie den Gesetzen und Verordnungen entspricht, wird, ist ein Prüfungsausschuss zu bestellen.
- (2) Der Prüfungsausschuss besteht aus neun Mitgliedern, die gleichzeitig zu Mitgliedern des Rechnungsausschusses bestellt werden.
- (3) Die Überprüfung ist mindestens einmal halbjährlich vorzunehmen. Der schriftlichen Bericht der Verbandsversammlung an der Verbandsversammlung und dem Rechnungsabschluss vorzulegen.

Kosten

- (1) Zur Deckung des Aufwandes des Gemeindeverbandes (z.B. Subventionen) heranzuziehen, die ihm aus der Besondere Einnahmen nicht gedeckter Aufwand ist nach Maßgabe der verbandsangehörigen Gemeinden zu ersetzen (§ 17 Abs. 1 Nr. 1).
- (2) Die Höhe des nicht gedeckten Aufwandes ist auf Grund des Rechnungsabschlusses so zeitgerecht zu erstellen, dass der Rechnungsabschluss des Rechnungsjahres folgendes Jahr der Aufsichtsbehörde vorzulegen.
- (3) Die Aufteilung des nicht gedeckten Aufwandes auf die verbandsangehörigen Gemeinden im Verhältnis der Summen der in den verbandsangehörigen Gemeinden im Rechnungsjahr zu Ende gegangenen Schuljahres vorzulegen. Eine Unterrichtseinheit ist eine Lektion in der Dauer von 45 Minuten, in der Unterricht erteilt wird.
- (4) Die verbandsangehörigen Gemeinden haben den durch die geleisteten Vorauszahlungen (§ 12) nicht gedeckten Aufwand der Beschlussfassung über den Rechnungsabschluss zu ersetzen.
- (5) Kommt eine verbandsangehörige Gemeinde ihrer Verpflichtung gegenüber dem Gemeindeverband unter Setzung einer Nachfrist, die die Leistung zu erbringen. Nach Ablauf dieser Frist hat die Gemeinde beantragen, dass für den Fall der Nichtleistung der Gemeinde mit Bescheid aufgetragen wird, die Leistung binnen einer festzusetzenden Frist zu erbringen.

Laufende Vorarbeiten

- (1) Zur Besorgung der Aufgaben gemäß § 3 haben die verbandsangehörigen Gemeinden folgender Höhe zu leisten: Am 5. Jänner die Hälfte u

einer Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde

deverbandes sowie die Auflösung des
besondere die Bestellung des Leiters der Musikschule.

ch der Gemeindeverband zu Leistungen verpflichtet,
voranschläges des jeweiligen Haushaltsjahres.

os. 4 NÖ Gemeindeverbandsgesetz.

lösung gemäß § 21 Abs. 1 NÖ

des ist die Anwesenheit von zwei Drittel der Mitglieder
nen erforderlich.

7

sobmann

aus dem Kreis der Vertreter der verbandsangehörigen
ellen.

verbandes, die nicht gemäß § 5 Abs. 3 der Satzung der
der Satzung dem Vorstand obliegen,

vorstandes nach dem NÖ Gemeindeverbandsgesetz,

ie sich der Gemeindeverband zu Leistungen

m Vorstand obliegen.

dsversammlung.

ung durch die Obmannstellvertreter zu vertreten. Sind

durch das von ihm bestimmte oder mangels solcher

berufene Mitglied des Vorstandes vertreten.

hem an Jahren ältesten Mitglied einberufen.

§ 8

eindeverbandes

urch das Amt des Gemeindeverbandes besorgt.

s. Die näheren Vorschriften über die innere

§ 9

sleiter

er Leiter der Musik- und Kunstschule Bucklige Welt

Verbandsve

- (1) Die Verbandsversammlung ist die Versammlung der
- (2) Die Vertretung in der Verbandsversammlung richtet sich
- (3) Der Verbandsversammlung obliegt:
 1. Beschlussfassung über Satzungsänderungen (einschließlich Änderungen des Aufgabenbereiches des Gemeindeverbandes und der Satzung).
 2. Beschlussfassung über den Beitritt und das Austrittsrecht (Gemeindeverbandsgesetz) sowie über die Auflösung und Neugründung (Gemeindeverbandsgesetz).
 3. Bestellung und Abberufung des Verbandsobmanns und der übrigen Mitglieder des Vorstandes.
 4. Beschlussfassung über den Voranschlag, den Jahresabschluss, den Rechnungsabschluss, den Dienstpostenplan.
 5. Beschlussfassung über die Aufwandsentschädigung (Gemeindeverbandsgesetz).
 6. Bestellung von Ausschüssen und Hilfsorganen.
- (4) Zu einem gültigen Beschluss der Verbandsversammlung bedarf es der einfachen Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Bei Beschlüssen über die Auflösung oder Neugründung bedarf es der Mehrheit von drei Viertel der abgegebenen Stimmen.

Verbands

- (1) Der Vorstand besteht aus dem Verbandsobmann, dem Verbandsobmannstellvertreter, weiteren sechs Mitgliedern, die von den Gemeinden vorzuschlagen sind, die nicht den Obmann der Musikschule ist ebenfalls Mitglied des Vorstandes.
- (2) Die Funktionsperiode des Vorstandes beginnt mit der Bestellung des neuen Vorstandes, die mit der allgemeinen Gemeinderatswahl vorzunehmen ist.
- (3) Dem Vorstand obliegen:
 1. Vorberatung und Antragstellung der zum Wirkungskreis gehörenden Angelegenheiten.
 2. Erlassung von Verordnungen.
 3. Entscheidungen im Instanzenzug und Ausübung der Verwaltung.

Gemeinden (Verbände) dem neu gegründeten Verband
neun (9) Gemeinden entsteht.

Bucklige Welt soll seine Tätigkeiten mit 01.01.2025
Beschlussfassung zur Kenntnis gebracht und ist dem

Verband der Musik- und Kunstschule Bucklige Welt"

1

Gemeindeverbandes

Verband der Musik- und Kunstschule Bucklige Welt"

2

Gemeinden

an:

§ 3

Gemeindeverbandes

angehörigen Gemeinden obliegt dem Gemeindeverband
der Musik- und Kunstschule Bucklige Welt.

eilt.

§ 4

gane

bandsgesetz)

TOP 12: Beschlussfassung über Mietverträge Hofgasse (Berichterstatte(r)in Bürgermeisterin Bianca Fürst, MA 12)

Sachverhalt

Zu Beginn des Ukrainekrieges im Frühling 2022 hat sich die Stadtgemeinde Kirchschlag entschlossen, geflüchteten Personen Schutz und Unterstützung zu bieten. Die Räume wurden damals durch die tatkräftige Unterstützung von Freiwilligen für geflüchtete ukrainische Familien ausgemietet. Die ukrainischen Familien kostenfrei in den Wohnungen leben. Die Kinder werden in der Schule und mittlerweile die erwachsenen Personen nach Absprache mit der Rechtsanwaltskanzlei Ing. Mag. Thomas Benda zwei Jahre befristet (MRG) in der Kategorie C, sowie aufgrund der Befristung der Mietverträge erstellt.

Nachdem noch der Strom auf die Mieter umgemeldet werden muss, sollen die Mietverträge mit einer Gültigkeit ab 01.01.2025 abgeschlossen werden. Die gesetzliche Form der Unterfertigung der Mietverträge ist zu prüfen.

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, die Mietverträge lautend auf 01.01.2025 für Frau Inna Stepchenko für Hofgasse, TOP 7 auf Bad Schönbach inkl. einer Befristung für 3 Jahre und einem sich darauf beziehenden Mietvertrag mit Gültigkeit ab 01.01.2025 zu beschließen.

An der Diskussion beteiligen sich Bürgermeisterin Bianca Fürst, MA 12

Abstimmung:

(einstimmig)

TOP 13: Beschlussfassung über die Verschmelzung des Musikschulverbandes mit dem Gemeindeverband Musik- & Kunstschule Kirchschlag

Nach Inkrafttreten der Novelle des Musikschulgesetzes im Dezember 2023 beschlossen wurde, sind Umstrukturierungen notwendig. Da die Mindestgröße von 300 Wochenstunden vorgibt ist es für die Buckligen Welt zu einem großen Musikschulverband zusammenzufassen. Es ist, dass es hier um den Erhalt von Musikschulen auch in Zukunft weiter ausgebaut und verstärkt werden soll. Der Gemeindeverband „Gemeindeverband der Musik- und Kunstschule Kirchschlag“ (Gemeindeverband Kirchschlag, Gemeindeverband Hochneunkirchen-Gschaidt) Musikschulverband Bucklige Welt (Bucklige Welt, Schwarzenbach, Hochwolkersdorf) und die Musikschule Kirchschlag.

Damit dieser Zusammenschluss erfolgen kann, ist es notwendig, dass die Stadtgemeinde Kirchschlag mit der Gemeinde Bad Schönbach einen Beschluss zum neuen Verband „Gemeindeverband der Musik- und Kunstschule Kirchschlag“ durch die beiden Gemeinden bereits gefasst.

stipendien, die dieser Ordnung entsprechen, durch den

Energiegemeinschaft

der Zusammenschluss zur gemeinsamen Produktion

n in der EG festgelegten Preis verkauft

28% geringere Netzkosten

Preis;

n Stromanbieter bzw. Stromabnehmer.

er hinausgeht wird über die EG verkauft und was
h schon den Überschuss übernommen hat (z.B.

r die EG, wenn man mehr braucht (oder kein Volumen
habt vom Energieanbieter (z.B. EVN, Verbund, etc.)

en (Gemeindehaus, Feuerwehr und Bauhof) erzeugte
en eigenen Verbrauchsstellen (Kindergarten, Schule,

lant, die Errichtungskosten der EG wird bis € 20.000,--

rt, Vizebürgermeister DI Martin Puchegger, gfGR
niel Baumgartner, GR Andreas Mühlhofer, GRin

Gründung einer Energiegemeinschaft in
sollen erarbeitet werden.

Ausbildungserfolge an Josef-Paul Puchegger und
100,--, somit € 200,--Gesamtsumme.
henden Rahmen erfolgen.

o 19:40 Uhr wieder an der Sitzung teil.

ur Subvention ausgezeichneter

MA)

ausgezeichneten Ausbildungserfolgen“ eine
Bürger der Gemeinde Hochwolkersdorf darstellt, soll
eschließen:

Gemeinde Hochwolkersdorf

st folgende Stipendienordnung:

ag folgende Art eines Stipendiums:

em Stipendium ausgezeichnete Leistungen von
abschluss, sowie Studierenden und Auszubildende

uss einer Ausbildungsstufe angesucht werden.
ng und führen nicht automatisch zur

entionen der Gemeinde Hochwolkersdorf,
geschlossen.

fasst: Studierende an Universitäten und
schlussprüfung und Absolvierung eines
nach der Schulpflicht eine weiterführende Schule
(oder höherer Schule).

€ 100,-- .

hwolkersdorf (dieser muss bereits 2 Jahre vor
em. dieser Stipendienordnung, erfolgt sein)

Abstimmung:

(einstimmig)

TOP 8: Beschlussfassung über die Beauftragung

(Berichterstatterin Bürgermeisterin Bianca Fürst,

Sachverhalt:

Auf Grund der Änderungen in der Datenschutzgrundverordnung werden die Datenschutzbeauftragten für den Wirkungsbereich ein
2015-2020 erfolgen sollen. Nun liegt ein Angebot für d
Mag. Kronberger e.U. abgegeben wurde.

Die Bedeckung erfolgt über die HHSt 1/9000-7280.

An der Diskussion beteiligen sich GRin Brigitte Linzer
Bürgermeisterin Bianca Fürst, MA, AL Mag. (FH) Rob

Antrag:

Es wird beschlossen:

- Die Beauftragung als Datenschutzbeauftragung a
Verrechnungssatz.

Abstimmung:

(einstimmig)

TOP 9: Beschlussfassung über die Subvention aus

(Berichterstatterin Bürgermeisterin Bianca Fürst, M

Sachverhalt:

Gemäß der in der letzten Gemeinderatsitzung durchge
Auszeichnung abgeschlossenen Ausbildungserfolge, s
Puchegger, sowie an Frau GRin Romana Steiner zuer
(Anerkennung) entspricht der Höhe von jeweils € 100,-

Die Bedeckung soll über die HHSt 1/2390-7680 und 1

An der Diskussion beteiligen sich

Vor Abstimmung verlässt GRin Romana Steiner um 19

Abstimmungsquorum: 15 Gemeinderäte

Antrag:

Es wird beschlossen:

App von der derzeitigen App-Lösung (Gem2go)

--- (excl. MwSt) und einer
hre. Danach erfolgt eine Neuverhandlung der

s App in seiner nächsten Sitzung behandeln.

gartner, [gfGR Gunter Linhart](#), [GRin Marianne Landa](#),

den gegebenen Voraussetzungen mit der Setup-
gebühr von € 1.500,--- (excl. MwSt)

9000-7280

ELAK (Elektronischer Akt)

emeindeverwaltung vorzunehmen, ist das Projekt
die digitale Postadministration mit Postein-/ausgang
systeme neu definiert und den jeweiligen Fachgebieten

an, das mit den wesentlichen, bei uns eingesetzten
ration wird durchgängiger und vereinfacht.
4,82. Die Finanzierung soll über zwei Jahre
24 in Rechnung gestellt wird und 60% im Haushaltsjahr

folgen. Der Zulauf des ELAK-Systems wird mit Mai
sowie organisatorischen Maßnahmen sind ab
n.

ofer, [GRin Brigitte Linzer](#), [AL Mag. \(FH\) Robert](#)

firma gemdat nö mit angegebenen
erung auf zwei Jahre mit einem Aufteilungsschlüssel

Gemeindeamt aufgelegt. Während der Auflagefrist sind keine Eingänge eingegangen. Die eine Stellungnahme betrifft die Erhöhung der HHSt 1/9000-7280, da es im Jahr 2023 zu einer Umstellung der Aufwand-Rechnung bis Jahresende aussteht. Dies war bei der Erstellung der HHSt 2/9250+8590 betrifft die Anlage einer neuen Haushaltsstelle (HHSt) 2/9250+8590. Die neue HHSt wurde erstellt unter 2/9250+8590. Gleichermaßen wurde die erhöhte Ausgabe auf der HHSt 1/9000-7280. In der HHSt 2/9250+8590 Prüfungsausschusses statt.

Die wesentlichen Änderungen betreffen die bereits bei der Erstellung der HHSt 2/9250+8590 Tankstelle, Ankäufe Bereich Beschäftigungsmaterialien, die Personalkosten Mandatare und Vertragsbediensteten, die Abgabenertragsanteile für das Jahr 2024. Weiters wurde das Budget aufgenommen.

Abänderungsantrag-Hinweis zum 1.NTVA 2024: Änderung

Seite 11, auf Grund eines Übernahmefehlers im Vorbudget 2024. Weiters soll die HHSt 1/9000-7280 um weitere € 8.000,00 erhöht werden. Grund: Es wurde im Jahr 2023 auf Teilrechnung umgestellt. Die Restzahlung für 2024 erfolgt mit Ende 2023. Die Erstellung des 1. NTVA's nicht bekannt. Somit soll hier die HHSt 1/9000-7280 um € 8.000,00 erhöht werden. Als Gegenpost soll auf Grund der Einnahmen bei der Erstellung der HHSt 2/9250+8590 muss, auf Grund der Bebuchung in den HHSt 2/9250+8590 Erstellung des NTVAs war diese HHSt noch nicht bekannt.

Auf Grund der Änderungen in der HHSt 2/9250+8590 1. Nachtragsvoranschlag der Ergebnishaushalt 1. Einnahmen € -181.700,-- auf € - 87.400,-- (vgl. Seite 19). Auch die Ausgaben positive Veränderung von € - 1.146.000,-- auf € - 1.050.000,--

Das jährliche Haushaltspotential (H1) (vgl. Seite 170)

An der Diskussion beteiligen sich Bürgermeisterin Bianca Fürst

Antrag:

Es wird beschlossen:

Der 1. Nachtragsvoranschlag 2024 wird mit den Abänderungen beschlossen.

Abstimmung:

(einstimmig)

TOP 6: Beschlussfassung über die Anschaffung C (Berichterstatte

Sachverhalt:

Nach der in der Gemeindevorstandssitzung vom 23.10.2023, die daraus resultierenden Vorteilen für die Gemeinde

wesend.

folgende Mitglieder als Protokollunterfertiger

SPÖ-Fraktion GRin Sonja Karolyi.

Protokolls

ung vom 25.09.2024 von der Vorsitzenden, dem
at vertretenen Fraktionen unterfertigt wurde.

e wird das Protokoll der Sitzung vom 25.09.2024

ng der Tagesordnung. Da weiters gegen die
geht die Vorsitzende in ihre Behandlung ein:

schusses vom 04.11.2024

husses mit den Inhalten Kassa, laufende Belege und

s Prüfungsausschusses vom 04.11.2024. Die
mit dem verlesenen Inhalt des Protokolls zur

g des Kassenverwalters.

MA)

Kanalanschlussgebühren, Reduzierung Abgaben-
p. Ankauf Tankstelle und Umrüstung, Abschluss von
75 NÖ Gemeindeordnung i.d.g.F., notwendig. Der
1.10.2024 bis 04.11.2024 zur öffentlichen Einsicht am

Die Vorsitzende **eröffnet** die Sitzung und begrüßt die Anwesenden und die Zuhörer.

Die Vorsitzende gibt bekannt, dass gfgRin Sylvia Maurus Wedl jun. (beide HOCH) ordnungsgemäß erschienen sind.

Die Bürgermeisterin gibt sodann folgende Tagesordnung bekannt.

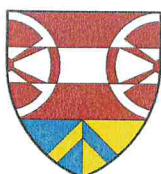
- 1 **Feststellung der Beschlussfähigkeit**
- 2 **Genehmigung / Nichtgenehmigung des letzten Protokolls**
- 3 **Genehmigung der Tagesordnung**
- 4 **Bericht über die Sitzung des Prüfungsausschusses vom 12.09.2023**
- 5 **1. Nachtragsvoranschlag 2024**
- 6 **Beschlussfassung über die Anschaffung der CITIES 2024**
- 7 **Beschlussfassung über die Einrichtung des ELAK (Energie-Lern- und Aktivitäts-Kreis)**
- 8 **Beschlussfassung über die Beauftragung eines Datenanalysten**
- 9 **Beschlussfassung über die Subvention ausgezeichneten Energieprojekte**
- 10 **Beschlussfassung über die Richtlinien zur Subvention von Energieprojekten**
- 11 **Grundsatzbeschluss Gründung einer Energiegemeinschaft**
- 12 **Beschlussfassung über Mietverträge Hofgasse 3**
- 13 **Beschlussfassung über die Verschmelzung des Musik- & Kunstvereins mit dem Gemeindeverband Musik- & Kunstschule Bucklige Welt**
- 14 **Allfälliges**

germeisterin bekannt, dass ein (1)
bracht worden ist.

spunktes „Prüfungsausschuss v. 04.11.2024“

n die Sitzung:

omit als Tagesordnungspunkt **TOP 4** in die



GEMEINDE HOCHWOLKERSDORF GEBURTSORT DER ZWEITEN

AZL.: 05/2024

Gemeinderat - Öffentliche Sitzung

PROTOKOLL

über die Sitzung des Gemeinderates der Gemeinde Hochwolkersdorf
06. November 2024 im Sitzungssaal Gemeindeamt Hochwolkersdorf

Beginn der Sitzung: 19:05 Uhr

Vorsitzende: Bürgermeisterin Bianca Schönbauer

Anwesend: Bürgermeisterin Bianca Schönbauer

Vizebürgermeister DI
gfGR Gunter Linhart
gfGR Johann Baumgartner
GR Ing. Johann Waldhauer
GR Josef Kabinger
GR Wolfgang Dienbauer
GRin Katja Fürst
GR Andreas Mühlhofer
GR DI (FH) Franz Gruber
GRin Brigitte Linzer
GRin Sonja Karolyi
GR Daniel Baumgartner
GRin Marianne Landauer
GR Roman Tanzler
GRin Romana Steiner,

Abwesend: gfGRin Sylvia Blank (SPÖ), gfGRin
Maurus Wedl (beide HOCH)

unentschuldigt

abwesend:

Schriftführer: Amtsleiter Mag (FH) Robert Wiedner